

Berichte

Das Magazin des Difu



- 4 **Standpunkt**
Herausforderungen im
ÖPNV – was bringt die neue
Legislaturperiode?
- 6 **Forschung & Publikationen**
KfW-Kommunalpanel 2025:
Investitionsstau steigt weiter
- 8 **Forschung & Publikationen**
Kreislaufstädte: Konzepte
für zukunftsfeste Städte
- 21 **Neue Projekte**
Dritte Orte für das
Gemeinwesen
- 25 **Veranstaltungen**
Energetisches Sanieren:
wirtschaftlicher, einfacher,
schneller

Editorial

Standpunkt

- 4 Herausforderungen im ÖPNV – was bringt die neue Legislaturperiode?

Forschung & Publikationen

- 6 KfW-Kommunalpanel 2025: Investitionsstau weiter angestiegen
- 8 Kreislaufstadt gestalten: zirkuläre Konzepte für zukunftsstabile Städte
- 9 Bioabfall und Mehrweg für eine erfolgreiche Kreislaufwirtschaft
- 10 Krisenmanagement für Kommunen zunehmend eine Daueraufgabe
- 11 Mobilfunkgutachten: Beteiligung und Verbraucherschutz im Fokus
- 12 Praxistipps für den Umgang mit Hitze in Kommunen
- 14 Sind Kommunen klimafit? Difu-Umfrage zeigt Erfolge und Baustellen
- 15 Quartiere im Bestand lebenswert und resilient entwickeln

Neue Projekte

- 21 Dritte Orte für das Gemeinwesen
- 21 Sicher Radfahren auf dem Land
- 22 Klimagerecht die Stadt planen
- 22 Urbane Digitale Zwillinge
- 23 Mobilität – grün und sozial
- 23 Circular Economy messen

Veranstaltungen

- 24 Veranstaltungsübersicht
- 25 Energetisches Sanieren – einfacher, schneller, wirtschaftlicher
- 26 Quartiersgaragen – Stadtbausteine mit Potenzial?!
- 27 Mit strategischer Planung zu besseren kommunalen Sportstätten
- 29 Radverkehr in schnell – Herausforderungen und Impulse
- 30 Komplexe Hilfebedarfe bei Kindern und Jugendlichen
- 31 Kommunaler Klimaschutz trotz knapper Kassen

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich Hitzevorsorge?
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwander
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Inter-/Extranet des Difu
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit sieben Jahren schreibe ich dieses kurze Editorial. Das ist nicht der Platz für eine differenzierte inhaltliche Analyse, aber es ist genug Platz, um kurz auf das zu deuten, was mir persönlich mit Blick auf das Institut gerade besonders wichtig erscheint.

Zu meinem Abschied vom Difu ist mir wichtig, mich bei all denen zu bedanken, mit denen ich in den letzten sieben Jahren auf die ein oder andere Art als Institutsleiter zusammenarbeiten durfte. Natürlich sind da als erstes die Kolleginnen und Kollegen am Institut zu nennen. Ich habe während meiner 40-jährigen Berufstätigkeit für keine andere Institution gearbeitet, an der die intrinsische Motivation der Kolleginnen und Kollegen so ausgeprägt war.

Das Difu genießt eine hohe Reputation in der kommunalen Szene und darüber hinaus, und es war ein Privileg, vor sieben Jahren Geschäftsführer dieses Instituts zu werden. Für mich war in meinem Berufsleben immer ein Satz von Gustav Heinemann handlungsleitend: „Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er eigentlich bewahren möchte.“ Die kaufmännische Geschäftsführerin Luise Adrian und ich haben in den letzten Jahren eine Menge an den organisatorischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie an innerbetrieblichen Abläufen verändert. Uns ging es dabei immer darum, die wirtschaftliche Stabilität des Instituts zu verbessern, weil sie die entscheidende Voraussetzung dafür ist, die Beschäftigungssituation und die Qualität unserer Arbeit stetig zu verbessern. Ohne die Bereitschaft und das große Engagement aller Kolleginnen und Kollegen am Institut wäre das nicht möglich gewesen.

Ich kann an dieser Stelle nicht allen danken, die mit uns zu tun hatten. Unbedingt möchte ich aber unserem Gesellschafter, dem Verein für Kommunalwissenschaften, danken und damit dem Deutschen Städtetag. Ein Verband muss vor allem interessengeleitet sein, ein Forschungsinstitut sollte erkenntnisgeleitet sein. Ich bin dem Städtetag dankbar, dass er unsere wissenschaftliche Unabhängigkeit immer respektiert hat, und ich hoffe sehr, dass unsere Erkenntnisse ihm bei der Arbeit für die Städte das eine oder andere Mal geholfen haben.

Bleiben Sie dem Difu gewogen!

Prof. Dr. Carsten Kühl
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Herausforderungen im ÖPNV – was bringt die neue Legislaturperiode?

Errungenschaften sichern, den Koalitionsvertrag umsetzen – und zugleich weiterdenken: Um den ÖPNV zukunftsfähig zu machen, braucht es Angebotserhalt, Ausbau und tragfähige Finanzierungslösungen.

Einige der größten Städte Deutschlands mussten im letzten Jahr ihren ÖPNV zurückbauen, und in vielen Städten stagniert die Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebots – das zeigte jüngst eine Greenpeace-Vergleichsstudie. Aktuell sind die Handlungsspielräume der Kommunen in Bezug auf den ÖPNV aufgrund der gestiegenen Aufgabenlasten der letzten Jahre stark begrenzt: Mit den vorhandenen Einnahmen sind die Aufgaben nicht zu bewältigen. Die gestiegenen Energie- und Personalkosten verschärfen die Lage zusätzlich. Dabei ist ein attraktiver ÖPNV unverzichtbar: als Antwort auf die Herausforderungen einer zukunftsorientierten Mobilität insbesondere in den Ballungsräumen, aus Sicht des notwendigen Klimaschutzes sowie zur Sicherung sozialer Teilhabe in städtischen und ländlichen Räumen.

Der ÖPNV ist ein zentraler Pfeiler der Mobilität in Deutschland. Elf Prozent aller Wege in Deutschland werden mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt. Noch häufiger wird der ÖPNV in Metropolen bzw. Großstädten genutzt: Etwa ein Viertel aller Wege in Berlin und in Nürnberg werden mit dem ÖPNV zurückgelegt. Der temporäre Fahrgastrückgang während der Corona-Pandemie hat sich, dies zeigen die neusten Ergebnisse der Studie „Mobilität in Deutschland“ (MiD), mittlerweile wieder normalisiert. Die ökologische und soziale Relevanz des ÖPNV ist in Praxis und Forschung unbestritten. Damit dieser gesellschaftliche Nutzen erhalten bleibt, müssen Bund, Länder und Kommunen es als zentrale gemeinsame Aufgabe ansehen, das ÖPNV-Angebot auszubauen und zu modernisieren. Besonders in suburbanen und ländlichen Räumen gilt es, zunächst ein flächendeckendes, attraktives Angebot – inklusive einheitlicher Bedienstandards – zu schaffen.

Errungenschaften wie das Deutschlandticket bieten eine wichtige Grundlage zur Förderung des ÖPNV. Mit aktuell 13,5 Mio. Abonnements ermöglicht es eine relativ kostengünstige, tariflich vereinfachte ÖPNV-Nutzung. Zudem entlastet das Ticket insbesondere Menschen in Ballungsräumen angesichts gestiegener Lebenshaltungskosten. Durch den relativ günstigen Preis senkt es die Einstiegshürden und sorgt für eine regelmäßige und häufige Nutzung. Umso wichtiger ist die im Koalitionsvertrag vorgesehene Verstärkung des

Deutschlandtickets – mitsamt verlässlicher Finanzierungsstrukturen. Dies schafft Planungssicherheit für kommunale Aufgabenträger, Arbeitgeber (z.B. beim Jobticket) und Fahrgäste gleichermaßen.

Dafür braucht es eine faire Finanzierung: Der Ticketpreis muss für Fahrgäste bezahlbar bleiben, um weitere ÖPNV-Nutzungshemmnisse zu vermeiden. In der politischen Debatte sollte stärker die gesamtgesellschaftliche Kosteneffizienz des ÖPNV im Vergleich zum Pkw berücksichtigt werden: Die hohen – direkten sowie externen – Kosten des Autoverkehrs wurden immer wieder in Studien belegt. Im Vergleich dazu liefert ein kostengünstiger ÖPNV auch bei einem hohen Zuschussbedarf insgesamt einen positiven Beitrag zu bezahlbarer Mobilität für alle. Zudem stärkt der ÖPNV die Wirtschaft, indem er eine dreimal so hohe Wertschöpfung im Vergleich zu den verursachten Kosten generiert, wie jüngst eine MCube-Studie verdeutlichte. Neben Effekten innerhalb der ÖPNV-Branche wirkt er dabei positiv auf Bereiche wie Tourismus, Einzelhandel und Immobilienwirtschaft und unterstützt durch die Beförderung von Pendler:innen die Erwerbsarbeit insgesamt.

Der Ausbau des On-Demand-Verkehrs und seiner regulativen Integration in den ÖPNV stellen eine weitere ÖPNV-Errungenschaft der letzten Jahre dar. Als Basismobilität in ländlichen Räumen, als Ergänzung des Linienverkehrs zu Randzeiten und in peripheren Räumen sowie als umstiegsfreie Verbindung von A nach B haben viele Kommunen durch On-Demand-Angebote die Erreichbarkeit und den Komfort des ÖPNV gestärkt. Die Einführung und Ausweitung solcher Angebote wurde maßgeblich durch Bundes- und insbesondere Landesförderprogramme ermöglicht. Mit dem Auslaufen mehrerer Förderprogramme mussten zuletzt jedoch zahlreiche On-Demand-Angebote eingestellt werden.

Dabei ist es notwendig, gerade auch im ländlichen Raum eine bedürfnisgerechte öffentliche Mobilität von A nach B zu ermöglichen und eine Grundversorgung zu Schwachverkehrs- und auch Nachtzeiten zu bieten. On-Demand-Verkehr kann hier einen wichtigen Beitrag leisten, insbesondere für



Foto: Difu



Dr. Alexandra Bensler
+49 30 39001-240
bensler@difu.de

zum Weiterlesen

Greenpeace e. V.: Verspätete Abfahrt – Der ÖPNV-Ausbau in Deutschlands Zentren kommt kaum vom Fleck, 2025

➔ www.t1p.de/ndsg5

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS): MIV und ÖPNV im Kostenvergleich – Einsparung gesellschaftlicher Kosten durch den ÖPNV, 2024

➔ www.t1p.de/7ti3v

MCube: Wertschöpfung ÖPNV, 2025

➔ www.t1p.de/p67gp

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH: On-Demand-Ridepooling als Beitrag zur Mobilitätswende und Daseinsvorsorge, 2024

➔ www.t1p.de/m88um

Difu: Mit On-Demand-Angeboten ÖPNV-Bedarfsverkehre modernisieren, 2021

➔ www.difu.de/16282

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband: Der Sozialticket-Atlas – Mobilität als Wohnort-Lotterie, 2025

➔ www.t1p.de/09y0e

KCW GmbH/ISB RWTH Aachen University; BMV (Auftraggeber): Methodik und Empfehlungen zur Entwicklung bundeseinheitlicher Standards für das ÖPNV-Angebot, 2024

➔ www.t1p.de/708c3



Foto: Adobe Stock, Tobias Seeliger

Menschen, die sich ohne Privat-Pkw fortbewegen wollen oder müssen. Dazu zählen rund zehn Prozent der Haushalte im dörflichen Raum, die kein Auto haben, ebenso wie die 14 Prozent der Bevölkerung in Deutschland mit mobilitätsrelevanten gesundheitlichen Einschränkungen. Diese Gruppen sind in besonderem Maße auf Pkw-Mitfahrten angewiesen – und dürften teils angesichts des demographischen Wandels weiter wachsen.

In der laufenden Legislaturperiode gilt es daher, sich der Rolle des ÖPNV für die Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse – insbesondere in städtischen und verstärkt in ländlichen Gebieten – neu bewusst zu werden und ihn langfristig und bedarfsgerecht auszugestalten. Bundesweite Mindestbedienstandards können hierfür zielführend sein.

Ein zukunftsfähiger ÖPNV muss weit über das bisher Erreichte – und den beschlossenen Koalitionsvertrag – hinausgehen: Zusätzlich zum bestehenden Deutschlandticket gilt es, bezahlbare Mobilität für alle gezielt zu stärken – auch im ÖPNV. Familien würden von kostengünstigen (Familien-)Tariflösungen im Rahmen des Deutschlandtickets profitieren. Menschen mit sehr geringem Einkommen wiederum könnten durch ein deutschlandweit verfügbares und idealerweise einheitlich gestaltetes Sozialticket erheblich entlastet werden – etwa in Form eines stark ermäßigten Deutschlandtickets.

Für die Stabilisierung und den Ausbau des ÖPNV-Angebots sind langfristige Finanzierungslösungen nötig. Dafür ist es wichtig, alle verfügbaren finanziellen Ressourcen zu aktivieren – auch auf kommunaler Ebene. Im Sinne der Daseinsvorsorge sollten Kommunen befähigt werden, sich selbst

neue lokale Finanzierungsquellen zu erschließen. Voraussetzung dafür ist eine landesrechtliche Grundlage für eine so genannte Drittnutzendenfinanzierung, wie sie etwa der Mobilitätspass im Landesmobilitätsgesetz Baden-Württembergs vorsieht. Dieser ermöglicht zusätzliche Einnahmen über Abgaben von Pkw-Halter:innen oder der Bevölkerung in den Kommunen. Darüber hinaus ist denkbar, durch entsprechende Landesgesetzgebungen alle Straßennutzenden sowie Gewerbetreibende an entsprechenden Abgaben zu beteiligen. In anderen Ländern werden ähnliche Lösungen bereits praktiziert. So wurde der ÖPNV im Großraum Paris im Jahr 2022 knapp zur Hälfte durch Arbeitgeberbeiträge finanziert.

Angesichts der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen, die sich voraussichtlich nur langfristig durch eigene Mehreinnahmen verändern lässt, ist ein stärkeres finanzielles Engagement von Bund und Ländern unabdingbar. Der im Koalitionsvertrag angekündigte „Modernisierungspakt“ greift ein Vorhaben auf, das bereits von der vorherigen Bundesregierung formuliert, aber nicht umgesetzt wurde. Jetzt muss der Bund Führung zeigen und gemeinsam mit den Ländern ein Zukunftsszenario für einen attraktiven ÖPNV entwickeln – und zugleich eine faire Lastenverteilung vereinbaren.

Die Herausforderungen sind groß. Umso wichtiger ist es, dass Bund, Länder und Kommunen in der laufenden Legislaturperiode gemeinsam handeln – und die Finanzierung des ÖPNV nachhaltig sichern.

KfW-Kommunalpanel 2025: Investitionsstau weiter angestiegen

Laut aktueller Difu-Befragung für die KfW ist der Investitionsrückstand in Kommunen im Vergleich zum Vorjahr um 15,9 Prozent auf 215,7 Mrd. Euro gestiegen. Schulen und Straßen sind besonders betroffen. Neun von zehn Kommunen blicken pessimistisch in die Zukunft.

Die Kommunen in Deutschland beklagen den immer weiter steigenden Investitionsstau. Bei der jährlich vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) für die KfW durchgeführten Befragung bezifferten sie den wahrgenommenen Investitionsrückstand auf insgesamt 215,7 Milliarden Euro – ein Rekordwert und Anstieg um 15,9 Prozent bzw. 29,6 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr.

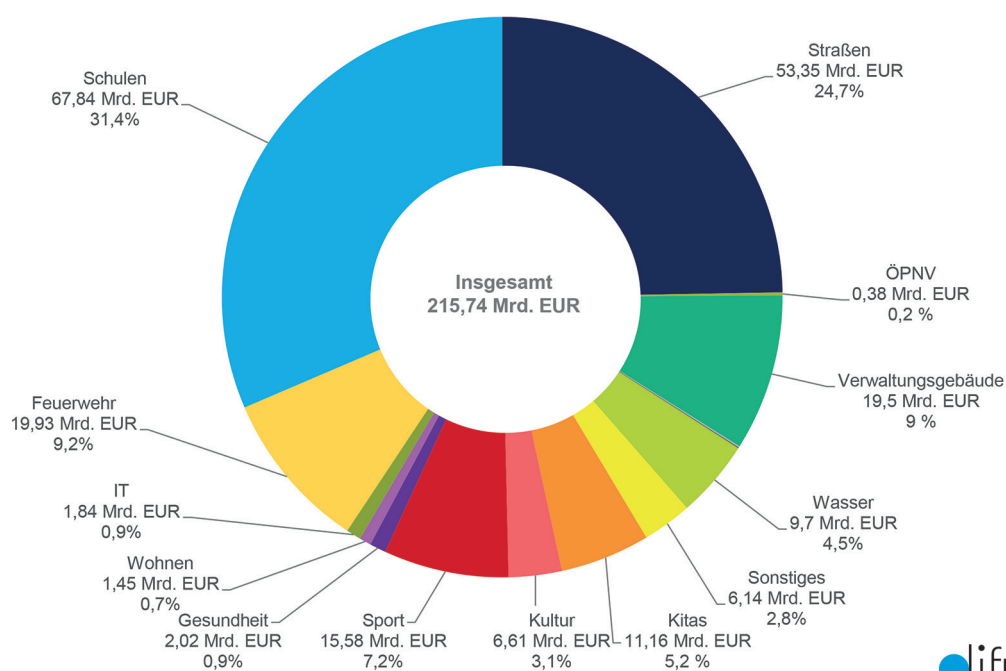
Den größten Investitionsrückstand sehen die Kommunen laut Befragung, die im ersten Quartal 2025 durchgeführt worden ist, erneut bei Schulgebäuden. Hier beträgt die Lücke 67,8 Milliarden Euro oder 31 Prozent des gesamten Investitionsstaus. Darauf folgt die Straßen- und Verkehrsinfrastruktur mit 53,4 Milliarden Euro oder 25 Prozent des Investitionsrückstands. Es ist davon auszugehen, dass derzeit in vielen Kommunen die Dringlichkeit für den Nachholbedarf bei den Schulen steigt. Grund dafür ist der gesetzliche Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab 2026. Vielerorts müssen die baulichen

Voraussetzungen offenbar erst noch geschaffen werden.

Insgesamt geben 56 Prozent der Kommunen einen nennenswerten oder gravierenden Investitionsrückstand bei den Schulgebäuden an. Dabei zeigt sich ein starker Zusammenhang mit der Kommunengröße: Während bei Kommunen mit 2000 bis 5000 Einwohnern etwa die Hälfte einen nennenswerten oder gravierenden Rückstand bei Schulgebäuden sehen, steigt der Anteil auf knapp 90 Prozent bei Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern. Kommunen in Süddeutschland haben deutlich seltener einen starken Investitionsrückstand zu beklagen, als jene in Nordrhein-Westfalen oder im Südwesten Deutschlands – also in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland.

Zurückzuführen ist der hohe Investitionsrückstand auch auf Probleme bei der Unterhaltung. Insgesamt gaben 19 Prozent aller befragten Kommunen an, dass sie sich den Unterhalt ihrer Infrastruktur

KfW-Kommunalpanel: Investitionsrückstand



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2025, Befragung durch das Difu



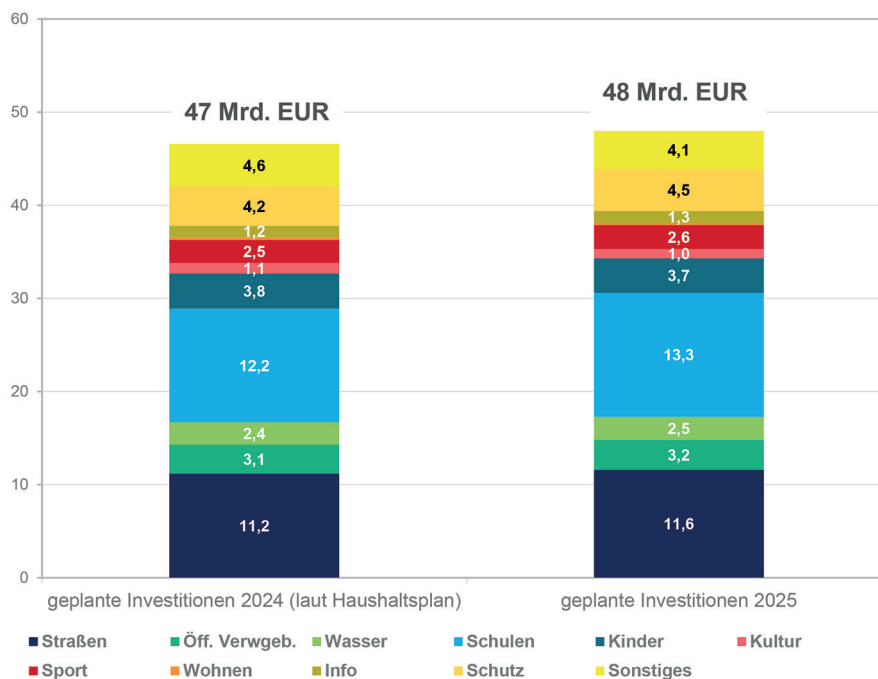
www.difu.de/19094



Dr. Christian Raffer
+49 30 39001-198
raffer@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Geplante Investitionen 2024 und 2025



nur im geringen Umfang oder gar nicht mehr leisten können. Das sind fünf Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Beim Thema Straßenbau waren dies sogar 32 Prozent, sechs mehr als im Vorjahr.

In diesem Jahr wurde in der KfW-Umfrage ein Bereich besonders beleuchtet: Förderprogramme. Fördermittel – also zweckgebundene Zuschüsse oder Zuwendungen von Bund, Ländern und der EU – machen rund ein Fünftel aller Mittel aus, die für kommunale Investitionen genutzt werden. Nahezu alle Kommunen – 96 Prozent – geben an, bereits einmal erfolgreich Fördermittel eingeworben zu haben. 70 Prozent befanden sich zum Befragungszeitpunkt in einem laufenden Bewerbungsverfahren für Fördermittel. 91 Prozent aller Kommunen beklagen jedoch die generell zu aufwendigen Dokumentationspflichten und 88 Prozent uneinheitliche oder zu komplizierte Antragsverfahren bei den Programmen. Viele Kommunen bewerten auch den notwendigen Personaleinsatz für die Antragstellung als zu hoch oder die Antragsfristen als zu kurz gesetzt.

Viele Kommunen leiden laut der Difu-Umfrage unter der hohen bürokratischen Last, die mit der Beantragung und Administration von Förderprogrammen einhergeht. Dies sollte bei der Entscheidung über die Mittelverteilung aus dem Sondervermögen Infrastruktur berücksichtigt werden. Wichtig ist, dass zusätzliche Mittel bürokratiearm

und ohne aufwendige Förderprogramme verteilt werden.

Um die Situation zu bewältigen, planen die Kommunen für 2025 insgesamt 48 Milliarden Euro an Investitionen. Im Vorjahr waren es 47 Milliarden Euro, 2023 lag die Planung bei 43 Milliarden Euro. Allerdings werden nicht alle geplanten Investitionen auch umgesetzt. Im Jahr 2024 gaben die Kommunen dafür laut Hochrechnung lediglich 30 Milliarden Euro aus. Für diese Differenz sind Investitionshemmnisse verantwortlich, die nicht unbedingt mit der Finanzlage zu tun haben. Dazu gehören etwa zu wenig Personal in den Bauämtern, komplexe Dokumentationspflichten oder lange Genehmigungsdauern.

Hintergrund

Das KfW-Kommunalpanel beruht auf einer bundesweit repräsentativen Befragung der Kammereien von Städten und Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern sowie allen Landkreisen, die im Auftrag von KfW Research durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) seit 2009 jährlich durchgeführt wird. Die Befragung für die aktuelle Ausgabe fand von Januar bis März 2025 statt. Der wahrgenommene Investitionsrückstand ist die Summe, die Kommunen heute investieren müssten, um ihre Infrastruktur in Qualität und Quantität wieder in einen adäquaten Zustand zu bringen.

Kreislaufstadt gestalten: zirkuläre Konzepte für zukunftsstabile Städte

Wie meistern Kommunen den Einstieg in die Circular Economy? Im Difu-Projekt „Kreislaufstadt“ galt es, praxisnahe Strategien, Werkzeuge und übertragbare Lösungen zu entwickeln. Die Ergebnisse werden als Edition Difu sowie als Policy Paper veröffentlicht.

Vor dem Hintergrund zunehmender Ressourcenknappheit sowie dem Ziel der Klimaneutralität stellen sich viele Kommunen folgende Frage: Wie kann der systematische Übergang von linearer zu zirkulärer Wirtschafts- und Stadtentwicklung gelingen? Hier setzt das vom Difu initiierte Projekt „Kreislaufstadt – Chancen für Resilienz und Wertschöpfung“ an. Das Vorhaben wurde im Rahmen eines Verbundprojekts mit 23 Städten, einer Region und der Bertelsmann Stiftung durchgeführt, begleitet vom Deutschen Städtetag.

Ziel des Gemeinschaftsprojekts war es, im Rahmen einer Studie gemeinsam mit den Kommunen Bausteine und Instrumente für kommunale zirkuläre Strategien zu entwickeln und zu erproben. Dies erfolgte durch eine systematische Auswertung praktischer Erfahrungen aus anderen europäischen Städten und Regionen. Dabei galt es, die vorhandenen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie kommunale Nachhaltigkeitskonzepte zu berücksichtigen.

Im Mittelpunkt der Studie steht das Leitbild der „Kreislaufstadt“ – ein umfassendes Konzept, das lokale Ressourcenflüsse schließt, Mehrfachnutzungen fördert und neue Formen der Wertschöpfung ermöglicht. Ein zentrales Ergebnis des Projekts ist ein praxisorientiertes Modell für die Entwicklung kommunaler Circular-Economy-Strategien. Es beinhaltet Werkzeuge zur Strategiebildung, wie beispielsweise eine Roadmap und verdeutlicht sektorspezifische Maßnahmen in den Bereichen Bauen, Ernährung, Verpackungen und Textilien. Ergänzt wird das Modell durch Instrumente zur Stakeholder-Identifikation, ein

Bewertungssystem für kommunale Handlungsspielräume, Empfehlungen zur prozessualen und organisatorischen Umsetzung sowie Vorschläge für Monitoringsysteme.

Besonderer Fokus lag auf der Anbindung zirkulärer Konzepte an bestehende Nachhaltigkeitsstrategien. Sowohl konzeptionell als auch anhand verschiedener Praxisbeispiele wird gezeigt, wie Kreislaufwirtschaft beispielsweise in die Agenda 2030 oder in spezifischen Themenfeldern – wie grünes Wirtschaftswachstum oder Beschaffungsstrategien – eingebettet werden kann, ohne zusätzliche Parallelstrukturen zu erzeugen. Diese Anschlussfähigkeit macht die Circular-Economy zu einem verbindenden Element kommunaler Entwicklung.

Die Studie basiert auf einem partizipativen Forschungsprozess. In vier Modellkommunen wurden die entwickelten Werkzeuge vor Ort erprobt und weiterentwickelt. Daraus entstand ein gemeinschaftlicher Lernraum, in dem Good-Practice-Beispiele ebenso wie Herausforderungen und Einzelerfahrungen praxisbezogen diskutiert wurden.

Die demnächst erscheinenden Difu-Publikationen zu Kreislaufwirtschaft dienen Kommunen als praxisorientierter Leitfaden sowie Nachschlagewerk und unterstützen mit Argumenten sowie Handlungsempfehlungen für die strategische Umsetzung vor Ort. Sie bieten Orientierung, um eigene Circular-Economy-Programme zu entwerfen, Innovationspotenziale zu heben und den Übergang zu einer ressourcenschonenden, resilienten Stadt aktiv zu gestalten.



www.difu.de/publikationen



Valeska Liedloff, M.A.

Marie Munzert, M.Sc.

Oliver Peters, M.Sc.

Dipl.-Ing.
Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de



Foto: Adobe Stock, Demétrio

Bioabfall und Mehrweg für eine erfolgreiche Kreislaufwirtschaft

Kunststoffe vermeiden, Bioabfall besser trennen und Menschen aktiv einbinden: Das Difu-Verbundprojekt reGIOcycle zeigt am Beispiel der Region Augsburg, worauf für eine gut funktionierende kommunale Kreislaufwirtschaft zu achten ist.

Produktion, Nutzung und Entsorgung von Kunststoffen verursachen erhebliche Umweltprobleme, darunter CO₂-Emissionen und Mikroplastik. Besonders To-Go-Verpackungen tragen zur Verschmutzung des öffentlichen Raums bei und verursachen hohe Kosten. Zudem gefährden Fehlwürfe im Bioabfall – falsch entsorgte Kunststoffe – die Einhaltung gesetzlicher Grenzwerte, was aufwändige Nachsortierungen erfordert. In der Publikation „Nachhaltige Kunststoffkreisläufe: regionale Vermeidungs- und Substitutionsstrategien“ stellt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) Erfahrungen eines Praxistests zur Kunststoffvermeidung und der Förderung der Kreislaufwirtschaft der Region Augsburg vor. Die Ergebnisse können auch für andere Kommunen bei der Umsetzung ihrer Kreislaufwirtschaft hilfreich sein.

Die Publikation entstand im Projekt reGIOcycle, das vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) unterstützt wurde. Im Fokus standen die Einführung eines kommunalen Mehrwegbechersystems für Kaltgetränke sowie die Reduzierung von Fehlwürfen im Bioabfall. Zudem wurden für den Mehrwegbecher sowie einen Sammelbehälter für Küchenabfälle nachhaltige Materialien entwickelt. Ziel war es, Umweltbelastungen zu verringern und die Abfallwirtschaft nachhaltiger zu gestalten.

Durch das Projekt wurden Erkenntnisse zu Mehrwegsystemen, faserverstärkten Biokunststoffen und kunststoffarmen Bioabfällen gewonnen. Im Rahmen von Reallaboren und einem Citizen Innovation Lab wurden Bürger:innen und lokale Akteur:innen in die Umsetzung eingebunden. Die entwickelten Produkte werden auch nach Projektende in der Region genutzt, um die nachhaltige Verwertung der Ergebnisse sicherzustellen.

Die Publikation zeigt die Einführung des „Augsburger Bechers“, eines nachhaltigen Mehrwegbechers aus biogenem Material, der speziell für Kaltgetränke konzipiert wurde. Die Testphase zeigte, dass Mehrwegbecher vor allem bei Events äußerst beliebt sind. Die Nachfrage in der Gastronomie war jedoch nur moderat. Die Becher sollten daher von der Gastronomie offensiver angeboten werden. Da die bundesweite Mehrwegangebotspflicht von Gastronomiebetrieben nicht aktiv genug um-

gesetzt wird, zeigt sie bisher kaum Wirkung. Bei Events war der Becher dagegen ein voller Erfolg. Das System wurde an einen lokalen Event-Verleih übergeben, um die Nutzung weiter zu etablieren. Die Erfahrungen unterstreichen die Notwendigkeit klarer Rahmenbedingungen, gezielter Kommunikation und langfristiger Unterstützung, um Mehrwegsysteme nachhaltig zu etablieren.



Foto: Adobe Stock, eyetronic

Ein weiteres Element der Studie war die Optimierung der Bioabfallsammlung in Großwohnanlagen (GWA) durch Vor-Ort-Analysen und einen Maßnahmenmix. Dabei spielte die Einbindung von Hausmeister:innen, Hausverwaltungen und Bewohner:innen eine entscheidende Rolle. Um Fehlwürfe zu reduzieren, wurden nachhaltige Küchenabfallsammelbehälter aus neu entwickeltem Material bereitgestellt. Die Wirksamkeit der Maßnahmen wurde durch Messungen bestätigt. Schließlich wurde das positive Ergebnis der deutlichen Reduzierung von Fehlwürfen im Bioabfall in der GWA sogar mit einem Preis bei der bundesweiten Biotonnen-Challenge ausgezeichnet.



www.difu.de/19027



Dipl.-Ing. (FH)
Maic Verbücheln
+49 30 39001-263
verbuecheln@difu.de

Krisenmanagement für Kommunen zunehmend eine Daueraufgabe

Angesichts zunehmend häufiger auftretender Krisen stehen Kommunalverwaltungen vor Herausforderungen. In einem neuen Policy Paper des Difu werden diese neuen Anforderungen an das kommunale Krisenmanagement diskutiert.

Die COVID-19-Pandemie betraf in ihrem Ausmaß, ihrer Intensität und ihrer Dauer nahezu alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens. Eine solche „entgrenzte Krise“ stellte eine Herausforderung dar, mit der weder die meisten deutschen Kommunen noch die übergeordneten staatlichen Ebenen in der Geschichte der Bundesrepublik zuvor konfrontiert waren. Künftig könnten solche Krisen jedoch häufiger auftreten.

Das Difu hat den kommunalen Umgang mit der Coronapandemie in zwei Forschungsvorhaben untersucht: Im Projekt PanReflex stand die unmittelbare Lagebewältigung im Fokus, während das Projekt RegTransPan urbane und stadtreionale Transformationsprozesse während der Krise behandelte.

an und ermöglichte eine solche strukturierte Nachbereitung. Im Zentrum standen folgende Fragen: Wie bewährte sich das kommunale Krisenmanagement in der Pandemie? Wo taten sich Verbesserungspotenziale auf? Und mit welchen Anpassungen reagierten sie darauf? Zur Beantwortung dieser Fragen arbeitete das Difu mit dem Deutsch-Europäischen Forum für urbane Sicherheit (DEFUS) und den fünf Partnerstädten Dortmund, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen und Köln zusammen. Das Forschungsteam führte gemeinsam mit Mitarbeitenden der Partnerstädte eine strukturierte Rückschau auf die eigenen Pandemieerfahrungen hinsichtlich der Frage durch, welche Lehren und übertragbaren Innovationen sich für das kommunale Krisenmanagement der Zukunft ableiten lassen.



Foto: Adobe Stock, Dilok

Neben der akuten Krisenbewältigung erforderte die Pandemie von Kommunen neue Prozesse und strukturelle Veränderungen. Im Vorhaben „Stadtregionale Transformationsprozesse im Rahmen der Pandemiebewältigung und der Post-Pandemie-Phase (RegTransPan)“ untersuchte das Difu-Forschungsteam Transformationsprozesse: Wurden durch die Coronapandemie und die Maßnahmen zu ihrer Bewältigung Innovationsprozesse in Kommunen und der Stadtentwicklung angestoßen? Wie sehen diese Transformationsprozesse aus? Inwiefern haben die Pandemie und Maßnahmen zu ihrer Bewältigung Beiträge zu einer an Nachhaltigkeit ausgerichteten urbanen Transformation geleistet? War die Corona-Krise auch eine Chance?

Kommunalverwaltungen mussten bei der Pandemiebewältigung in vielen Bereichen bestehende Lösungen anpassen oder gänzlich neue Wege beschreiten. In Phasen des akuten Krisenmanagements haben Kommunen in der Regel jedoch kaum Zeit für eine umfassende Auswertung des eigenen Handelns. Auch fehlt es an Kapazitäten für eine Bestandsaufnahme, um erworbenes Praxiswissen zu bewahren, zu systematisieren, es anschließend zu hinterfragen und für künftige Anwendungsfälle weiterzuentwickeln. Hier setzte das Projekt „Stärkung städtischer Resilienz am Beispiel von Pandemien: Reflexionsraum für kommunales Krisenmanagement (PanReflex)“

Basierend auf den Ergebnissen der beiden Forschungsvorhaben fokussiert das neue Difu Policy Paper die Herausforderungen im kommunalen Krisenmanagement der vergangenen Jahre. Darüber hinaus werden konkrete Lösungen, die vor Ort entwickelt wurden, diskutiert und ein besseres Einandergreifen von Krisenmanagement und Regelstrukturen zum gegenseitigen Nutzen erörtert.



www.difu.de/publikationen



Dipl.-Soz.

Jan Hendrik Trapp

+49 30 39001-210

trapp@difu.de

Lawrence Schätzle, M.A.

+49 30 39001-221

schaetzle@difu.de

Mobilfunkgutachten: Beteiligung und Verbraucherschutz im Fokus

Das Difu-Gutachten zum Mobilfunkinfrastrukturausbau verdeutlicht: Transparenz und kommunale Beteiligung beim Mobilfunkausbau wurden – wie in den vergangenen Jahren – weiter gestärkt.

Der Mobilfunk ist eine der tragenden Säulen der digitalen Infrastruktur von Städten und Gemeinden. Besonders im Kontext von Smart City und Smarte Regionen-Vorhaben für digitale Versorgungsstrukturen wie 5G, LoRaWAN und ein gesamtstädtisches WLAN steht Mobilfunk wieder mehr im Vordergrund. Der Ausbau von Mobilfunkstandorten bleibt – auch als Grundlage digitaler Daseinsvorsorge – wichtig. Die Mobilfunknetzbetreiber befinden sich hierzu mit den Kommunen im regelmäßigen Austausch.

Seit 2001 verpflichten sich die Mobilfunknetzbetreiber, Kommunen bei der Planung und dem Ausbau von Mobilfunkstandorten einzubeziehen. Ebenso haben sie sich verpflichtet, Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher in den Themenbereichen „Mobilfunk – Gesundheit – Umwelt“ bereitzustellen. Dafür haben die Mobilfunknetzbetreiber im Jahr 2023 eine neue Selbstverpflichtung abgegeben und damit ihre Zusage erneuert.

Das Mobilfunkgutachten 2023 des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) untersuchte die Umsetzung der neuen freiwilligen Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber und knüpft an die vorherigen Gutachten an, die das Difu im zweijährigen Rhythmus durchführt. Ziel des nun vorgelegten 13. Gutachtens war es, die Abstimmungsverfahren zwischen Netzbetreibern und Kommunen sowie die Qualität der Informationen zum Verbraucherschutz im Abgleich mit den Zusagen in der Selbstverpflichtungserklärung zu bewerten. Hierzu wurden eine Kommunalbefragung durchgeführt sowie Informationen zum Verbraucherschutz analysiert. Die Ergebnisse zeigen eine weiterhin positive Entwicklung in beiden Bereichen.

Die bundesweite Kommunalbefragung hat ergeben, dass die Einbindung der Kommunen in Planungsprozesse neuer Mobilfunkstandorte weiterhin auf hohem Niveau erfolgt. 90 Prozent der befragten Kommunen wurden nach eigenen Angaben rechtzeitig und regelmäßig informiert. In kleinen Gemeinden mit 5000 bis 20000 Einwohner:innen scheint es jedoch noch Verbesserungspotenzial bei der Zuverlässigkeit der Informationsbereitstellung zu geben. Die Möglichkeit der

Kommunen, Alternativstandorte vorzuschlagen, wurde im Erhebungszeitraum 2023 seltener genutzt als in früheren Jahren. Es zeigt sich auch, dass kleine Kommunen seltener als früher eine zentrale Ansprechperson für die Netzbetreiber zur Abstimmung des Mobilfunkausbaus bestimmt haben. Zum ersten Mal wurde im aktuellen Gutachten der Ausbau von Kleinzellen, das sind kleinere Mobilfunkanlagen mit einer Sendeleistung von weniger als 10 Watt EIRP, in der Kommunalbefragung erhoben. Die Rückmeldungen dazu zeigen, dass in weniger als einem Fünftel der Kommunen Informationen zum Ausbau von Kleinzellen vorliegen.



Foto: Adobe Stock, Jarama

In der Bereitstellung von Verbraucherschutzinformationen sowie allgemeinen Informationen erfüllen die Mobilfunkanbieter ihre Informationspflichten insgesamt gut. Neben Webseiten und Broschüren gewinnen insbesondere Podcasts und Videos als Informationsquelle an Bedeutung und erzielen hohe Reichweiten. Die Barrierefreiheit der Webseiten der Mobilfunknetzbetreiber wurde erstmals systematisch untersucht. Viele Seiten sind bereits barrierefrei gestaltet, regelmäßig fehlt es jedoch an Alternativtexten für Bilder. Die Interaktionsmöglichkeiten über Hotlines, Community-Foren und soziale Medien wurden ebenfalls untersucht. Die meisten Anfragen wurden zeitnah und inhaltlich zutreffend beantwortet.

Das Mobilfunkgutachten 2023 bestätigt die insgesamt weiterhin positive Entwicklung in der Kommunikation zwischen Netzbetreibern und Kommunen sowie in der Bereitstellung von Verbraucherinformationen.



www.difu.de/19040



Theresa Hohmann, M.A.
+49 30 39001-278
hohmann@difu.de

Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Praxistipps für den Umgang mit Hitze in Kommunen

Wie können Städte besser auf extreme Hitze vorbereitet sein? Eine neue kostenfreie Difu-Publikation liefert Praxistipps und zeigt, wie Kommunen wirkungsvolle Hitzeaktionspläne entwickeln – mit Beispielen aus Deutschland und Frankreich.

Heiße Tage, Tropennächte und Hitzeperioden werden durch den fortschreitenden Klimawandel auch für deutsche Städte zunehmend zur Herausforderung. Besonders vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Kinder und chronisch Kranke sind gefährdet. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Hitzevorsorge in Kommunen zunehmend an Bedeutung. Mit der neuen Publikation „Hitzeaktionspläne in der kommunalen Praxis“ gibt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) Städten und Gemeinden praxisorientierte Handlungsempfehlungen für die Entwicklung wirkungsvoller Hitzeaktionspläne (HAPs).



Foto: Adobe Stock, christiane65

Hitzeaktionspläne sind die Basis für eine effektive Hitzevorsorge in Kommunen. Die Pläne helfen Kommunen, Vorsorge und Akuthilfe zu koordinieren, sie fördern ressortübergreifende Zusammenarbeit und helfen dabei, gesundheitliche Auswirkungen von Hitzewellen abzumildern.

Die Veröffentlichung des Difu entstand im Rahmen des Forschungsprojekts „Plan°C“, das vom Bundesumweltministerium im Zusammenhang mit der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) gefördert wurde. Besonders heiße Sommertage und Hitzeperioden werden in Frankreich als „Canicule“ (dt.: „Hundstage“) bezeichnet. Dafür steht auch das C in Plan°C – das Akronym des Projekts „Anwendung der Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen in der kommunalen Praxis“.

In dem Verbundvorhaben erarbeitete das Difu gemeinsam mit den Städten Düsseldorf und Karlsruhe, wie die Handlungsempfehlungen von Bund und Ländern zur Erstellung von HAPs in konkretes Verwaltungshandeln übertragen werden können. Dazu fanden zudem Workshops und Fachgespräche mit Dresden, Köln, Mannheim, Stuttgart und weiteren Städten statt, die beim Thema kommunale Hitzevorsorge als Vorreiterstädte gelten.

Die neue Publikation dokumentiert nicht nur die Erfahrungen der Städte bei der Konzeption und Umsetzung von HAPs, sie beleuchtet auch den Umgang mit bestehenden Handlungsempfehlungen und Arbeitshilfen. Seit Projektbeginn 2021 haben immer mehr Städte eigene HAPs entwickelt. Bei der Umsetzung der Maßnahmen steht Deutschland jedoch noch am Anfang. Oft ist für die Hitzeaktionsplanung einer Großstadt nur eine Person vor Ort zuständig. Neben ausreichend personellen Ressourcen ist für Kommunen auch das Wissen aus Erfahrungsaustausch und Praxisbeispielen wertvoll. Dieses ist in der neuen Difu-Publikation gebündelt zu finden.

Weitere zentrale Elemente der Studie sind eine systematische qualitative Auswertung der bis Ende 2024 veröffentlichten HAPs deutscher Kommunen sowie der Blick auf die Praxis im Nachbarland Frankreich, das bereits seit zwanzig Jahren über eine etablierte nationale Hitzeaktionsplanung verfügt. Die Erkenntnisse aus Frankreich zeigen bewährte Strategien, Warnsysteme und Maßnahmen im Umgang mit Hitzewellen, die auch zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland beitragen können.

Besonders hilfreich ist für Kommunen der „HAP-Kalender“, ein Jahresplaner zur Hitzeaktionsplanung, der zusammen mit der Publikation erstmals zur Verfügung steht. Der Planer wurde nach französischem Vorbild entworfen, orientiert sich jedoch an den Verwaltungsabläufen deutscher Kommunen und bietet Orientierung bei der zeitlichen Planung von Maßnahmen – von der Sensibilisierung der Bevölkerung über Fortbildungsangebote für Pflegekräfte bis hin zur Bewertung und Weiterentwicklung bestehender Hitzeschutzmaßnahmen.



www.difu.de/19032
www.difu.de/19130



Dr. Moritz Ochsmann
 +49 30 39001-332
ochsmann@difu.de



Profi im Kühlen
VON
Innenstädten

Sind Kommunen klimafit? Difu-Umfrage zeigt Erfolge und Baustellen

Mit seinem neuen Policy Paper „Das Klima schützen, die Energiewende gestalten, dem Klimawandel begegnen“ stellt das Difu Umfrageergebnisse aus rund 300 Kommunen vor und gibt Empfehlungen. Das Paper steht kostenfrei zum Download bereit.

Die Difu-Umfrage zeigt, dass Kommunen Treiber der Energiewende und im Klimaschutz sind und längst keine Randakteure mehr. Bis 2045 will Deutschland klimaneutral werden. Dazu müssen auch die Kommunen einen Beitrag leisten und ihre Potenziale zur Verminderung und Vermeidung von Treibhausgasen ausschöpfen. Eine Herausforderung, der sich die Mehrzahl der Städte, Gemeinden und Landkreise mit den unterschiedlichsten Strategien und Maßnahmen stellt. Viele Kommunen verfolgen das Ziel, vor 2045 klimaneutral zu sein. Sie brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und ausreichende Ressourcen, um diese Ziele zu erreichen.

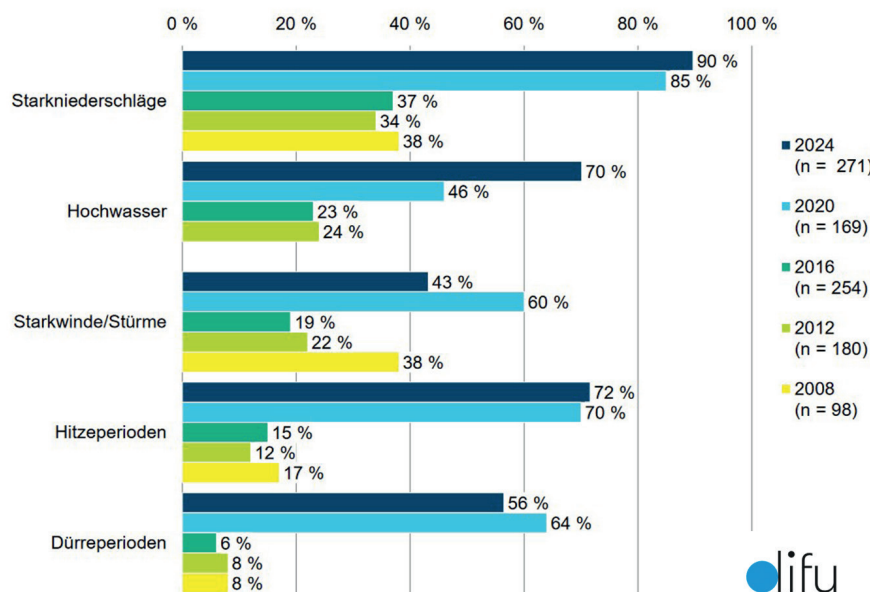
Bereits drei Viertel der Kommunen (72 Prozent) verfügen über ein eigenes Klimaschutzkonzept, weitere elf Prozent arbeiten derzeit daran. Fast neun von zehn Kommunen (87 Prozent) haben inzwischen hauptamtliches Personal für Klimaschutzaufgaben eingestellt – mehr als die Hälfte dieser Stellen sind unbefristet.

Zur Umsetzung dieser Ziele ist die Dekarbonisierung im Verkehrs-, Strom- und Wärmebereich von großer Bedeutung. Kommunen werden hierbei zum Beispiel in ihren eigenen Liegenschaften aktiv. Sie treiben den Ausbau und die Nutzung

erneuerbarer Energien weiter voran, erhöhen die Energieeffizienz in ihren Gebäuden und reduzieren den Energieverbrauch so weit wie möglich: 85 Prozent der Kommunen setzen in ihren Liegenschaften erneuerbare Energien ein, 83 Prozent berichten von bereits realisierten Energieeinsparungen. Und in fast zwei Dritteln (61 Prozent) gingen die kommunalen Treibhausgas Emissionen in den letzten vier Jahren zurück.

Zugleich sind die Kommunen zunehmend vom Klimawandel betroffen – ob durch Starkregen, schwere Stürme oder Hitzewellen. Die Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen, bedingt durch die Klimakrise, nehmen stetig zu und zeigen die Dringlichkeit von Klimaschutz und Klimaanpassung. 92 Prozent der Befragten gaben an, in den zurückliegenden zehn Jahren von Extremwetterereignissen wie Starkregen, Stürmen oder Hitzewellen betroffen gewesen zu sein. Drei Viertel sehen deshalb einen „hohen“ bis „sehr hohen“ Handlungsbedarf – insbesondere im Bauwesen und im Wasserhaushalt. Kommunen müssen sich daher den möglichen Verwundbarkeiten und den entsprechenden Anpassungen vor Ort widmen, um den Folgen des Klimawandels frühzeitig zu begegnen.

Kommunale Betroffenheit durch extreme Wetterereignisse im Zeitverlauf, in %



Quelle: Eigendarstellung, Difu

n = Anzahl; Mehrfachnennungen möglich



www.difu.de/19073



Mascha Overath, M.Sc.
+49 30 39001-333
overath@difu.de

Dipl.-Ing.
Cornelia Rösler
+49 221 340308-18
roesler@difu.de

Quartiere im Bestand lebenswert und resilient entwickeln

Wie unterschiedliche Maßnahmen Bestandsquartiere klimafest und lebenswert machen, zeigt die Publikation „Umwelt im Quartier“ anhand von 15 Fallbeispielen. Sie analysiert Herausforderungen durch Hitze, Starkregen und Lärm und leitet Empfehlungen ab.

Städtische Quartiere stehen heute vor vielfältigen Herausforderungen: Dichte Bebauung und versiegelte Flächen verstärken Hitzeinseln und Überflutungsrisiken, mangelnde Durchlüftung erhöht Schadstoffkonzentrationen, und Verkehrslärm belastet Anwohner:innen. Mit dem Forschungsprojekt „Umwelt im Quartier“ zeigen die Autor:innen des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) gemeinsam mit dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA), wie sich Bestandsquartiere Schritt für Schritt in lebenswerte und klimaresilientere Räume umwandeln lassen.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist intensive Kooperation auf Quartiersebene gefragt. Das bedeutet: Wohngebäude, Mobilität, Klimaanpassung, Energieeffizienz sowie Stadtgrün und Schwammstadt-Konzepte müssen zusammen gedacht werden. Nur so werden Maßnahmen sichtbar und erlebbar, können neue Lösungen entstehen und zugleich Zielkonflikte – etwa zwischen Verdichtung und Grünflächenbedarf – gemindert werden.

Als Grundlage analysieren die Autor:innen typische städtebauliche Strukturtypen (geschlossene Blockränder, offene Höfe, Reihenhäuser, Punkthäuser und Großstrukturen) und ihre jeweilige Anfälligkeit gegenüber Hitzeperioden, Starkregen und Lärm. Darauf aufbauend wurden in 15 Fallstudien in deutschen Städten konkrete Maßnahmen integriert betrachtet: von Dach- und Fassadenbegrünung über wassersensible Wohnsiedlungen bis zu grünen Lärmschutzwänden oder Parks auf ehemaligem Straßenland.

Aus diesen Beispielen lassen sich vier zentrale Flächenstrategien ableiten:

- Entsiegelung: Raum für Grün und Versickerung von Regenwasser
- Begrünung: Bäume, Fassadenbegrünungen und Gründächer
- Mehrfachnutzung: z.B. Versickerungsmulden in Grünanlagen, die Starkregen aufnehmen
- Umnutzung von Straßenland: sichere Geh- und Radwege, Plätze für Spiel und Begegnung

Die Publikation beschreibt, wie Kommunalverwaltungen, Bürger:inneninitiativen, Unternehmen und

Politik in partizipativen Prozessen zusammenarbeiten können. Praktische Hinweise zu Förderprogrammen, rechtliche Rahmenbedingungen sowie Planungsinstrumenten erleichtern die Umsetzung.

Darüber hinaus hat das Difu im Projekt fachliche Grundlagen für das Bundesumweltministerium erarbeitet, etwa zu „Grünen, lebendigen und klimaangepassten Kommunen“ und zur „Kreislaufstadt“. In Workshops mit verschiedenen Akteuren z.B. aus Städten, wurden diese Ideen diskutiert und weiterentwickelt. Gemeinsam mit dem UBA entstand zudem das Hintergrundpapier „Dreifache Innenentwicklung“, das für eine neue Verteilung von Flächen für Bauen, Mobilität und Grün wirbt, damit sich Städte kompakt und lebenswert zugleich entwickeln.



Foto: Vera Gutofski

Ein weiterer Baustein war der Pilotaktionstag „Umwelt im Quartier“ 2023: In fünf Stadtquartieren erprobten Verwaltungen und Initiativen ein neues Kommunikations- und Informationsformat, das Bewusstsein für lokale Transformationsprozesse weckt und Vernetzungen stärkt.

Der Abschlussbericht des Gesamtvorhabens, erstellt von IÖW, Difu und Gröschel Branding, wurde im Mai 2025 in der UBA-Reihe „Texte“ veröffentlicht. Die kostenfrei verfügbare Fachbroschüre bündelt alle Fallstudien und Leitsätze und bietet einen praxisnahen Leitfaden für eine klimagerechte Quartiersentwicklung. Sie richtet sich an Stadtentwicklung, Kommunalpolitik, Umweltbehörden und engagierte Bürger:innen – und liefert wertvolle Impulse, wie unsere Quartiere fit für die Zukunft werden können.



www.difu.de/19035
www.difu.de/17687
www.t1p.de/hqmxw



Dipl.-Ing. agr.
 Thomas Preuß
 +49 30 39001-265
preuss@difu.de

Hitzevorsorge

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt.

Hitzevorsorge – auf kommunaler Ebene auch als Hitzeschutz oder Hitzeprävention bezeichnet – bezieht sich auf strategische Maßnahmen und Konzepte, die Städte, Gemeinden und Landkreise entwickeln und umsetzen, um die menschliche Gesundheit und Infrastrukturen während Hitzeperioden zu schützen. Hitze ist ein zentrales gesundheitliches Risiko des Klimawandels. Besonders betroffen sind verdichtete innerstädtische Bereiche, die häufig deutlich höhere Temperaturen aufweisen als das weniger bebaute und versiegelte Umland. Die kommunale Ebene spielt eine entscheidende Rolle bei der Prävention von hitzebedingten Gesundheitsproblemen im Alltag der Stadtbewohner:innen. Besonders gefährdet sind ältere Menschen, Kleinkinder und Personen mit Vorerkrankungen. Einrichtungen für diese vulnerablen Gruppen sind dem entsprechend ebenfalls stark von Hitze betroffen.

„Kommunale Hitzevorsorge ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, da vulnerable und sozial benachteiligte Menschen zuerst und in besonderem Maße unter Hitze leiden.“

Ein zentrales Instrument der kommunalen Hitzevorsorge sind Hitzeaktionspläne (HAPs). HAPs dienen der Vorbereitung auf Hitzewellen und steuern das Vorgehen während extremer Hitze. Dazu gehören kurzfristige Maßnahmen zur Bewältigung akuter Hitzeereignisse wie die Verteilung von Trinkwasser an öffentlichen Plätzen, mittelfristige Maßnahmen wie Öffentlichkeitsarbeit sowie langfristige Maßnahmen wie bauliche Veränderungen in Städten. Um Maßnahmen wirksam zu priorisieren, ist es wichtig, Risikogebiete und Risikogruppen anhand klimatischer, stadtstruktureller und sozialer Merkmale zu identifizieren. Effektive Hitzevorsorge erfordert daher die Einbindung verschiedener kommunaler Ämter und Bereiche, wie Gesundheit, Umwelt, Stadtplanung, Bevölkerungsschutz und Soziales. Kommunen sind zudem auf die Kooperation mit externen Akteuren wie Pflegediensten, Apotheken und sozialen Einrichtungen angewiesen.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Kreislaufstadt – Chancen für Resilienz und Wertschöpfung **NEU**

Ergebnisse aus der Difu-Gemeinschaftsstudie
und Leitfaden für Kommunen

S. Wagner-Endres, O. Peters, H. Gieseler,
V. Liedloff, M. Munzert, H. Scheller
2025, Bd. 20, ca. 160 S., nur online,
in Vorbereitung

➔ www.difu.de/publikationen

Radverkehr und Verkehrswende

Eine Geschichte von Gegenwind und
Rückenwind

Tilman Bracher

2021, Bd. 19, 168 S., zahlreiche Abb., Print 34 €,
Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-680-3

➔ www.difu.de/16867

So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen
Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, Print 39 €,
Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-643-8

➔ www.difu.de/12984

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in

Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann u.a. (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 S., kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale,
institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.),

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-584-4

➔ www.difu.de/11299

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 312 S.,
vierfarbig, zahlreiche Abb., Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-579-0

➔ www.difu.de/11026

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte Auflage. Mit Berücksichti-
gung der BauGB-Novelle 2013

A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-
Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-508-0

➔ www.difu.de/9002

Difu Arbeitshilfen

Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen

3., grundlegend überarbeitete Auflage unter
Berücksichtigung des Baulandmobilisierungs-
gesetzes

M.-L. Wallraven-Lindl und A. Uhmann

2022, 224 S., Print 39 €

ISBN 978-3-88118-682-7, **eBOOK** 33,99 €

➔ www.difu.de/17149

Difu Impulse

Hitzeaktionspläne in der kommunalen Praxis **NEU**

Verbundvorhaben DAS: Anwendung der Hand-
lungsempfehlungen für die Erstellung von
Hitzeaktionsplänen in der kommunalen Praxis
(Plan°C)

Moritz Ochsmann

Bd. 3/2025, 61 S., nur online

➔ www.difu.de/19032

Nachhaltige Kunststoffkreisläufe: regionale Vermeidungs- und Substituti- onsstrategien **NEU**

Das Projekt „reGIOcycle“ – 2. Teil Umsetzungs-
phase (2023–2025)

Maic Verbücheln u.a., Bd. 2/2025, nur online

➔ www.difu.de/19027

Mobilfunkgutachten 2023 **NEU**

13. Gutachten zur Umsetzung der Zusagen der
Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber

Theresa Hohmann, Franciska Frölich von Bo-
delschwingh, Julia Krebs, Leonhard Schumann,
Jan Hendrik Trapp

Bd. 1/2025, 149 S., nur online

➔ www.difu.de/19040

Die kommunale Kulturarbeit in den Landkreisen

Ergebnisse einer Kommunalumfrage

Julia Diringer, Franciska Frölich von Bodel-
schwingh, Beate Hollbach-Grömmig

Bd. 9/2024, 41 S., nur online

➔ www.difu.de/18806

Ansätze und Herausforderungen im Klimaschutz-Monitoring

Erfahrungen aus der kommunalen Praxis

Marco Peters, Paul Ratz, Franziska Wittkötter

Bd. 8/2024, 31 S., nur online

➔ www.difu.de/18847

Planspiel zur BauGB-Novelle 2023/2024

Endbericht

Arno Bunzel, Diana Coulmas, Franciska

Frölich v. Bodelschwingh, Magnus Krusenotto,
Petra Lau, Wolf-Christian Strauss

Bd. 6/2024, 150 S., nur online

➔ www.difu.de/18676

Der Weg zu Fuß zur Haltestelle – ein blinder Fleck in der Mobilitätsforschung?

H. Hillnhütter unter Mitarbeit von U. Bauer und
J.-P. Mesenbrock

Bd. 5/2024, 17 S., nur online

➔ www.difu.de/18680

Difu Policy Papers

Krisenmanagement als kommunale Daueraufgabe? **NEU**

Zum kommunalen Handeln zwischen Regel-
strukturen im Normalbetrieb, Transformations-
erfordernissen und permanentem Krisenma-
nagement

Lawrence Schätzle, Jan Hendrik Trapp

2025, Bd. 7, 33 S., nur online

➔ www.difu.de/publikationen

Das Klima schützen, die Energiewende ge- stalten, dem Klimawandel begegnen **NEU**

Maßnahmen, Erfolge, Herausforderungen und
Entwicklungen – Ergebnisse der Difu-Umfrage
2024

Mascha Overath, Cornelia Rösler

2025, Bd. 6, 32 S., nur online

➔ www.difu.de/19073

Verkehrsberuhigung und Einzelhandel: Dann wird's laut

Uta Bauer, Michaela Christ, Levke Sönksen,
Louis Gabriel Pfitzinger

2025, Bd. 5, 25 S., nur online

➔ www.difu.de/18926

Kommunale Klimaschutzfinanzierung auf neue Füße stellen: Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe

Carsten Kühl, Henrik Scheller

2025, Bd. 4, 23 S., nur online

➔ www.difu.de/18853

Sustainable Finance für Kommunen. Themenfelder, Berührungspunkte und Zielkonflikte

Henrik Scheller, Christian Raffer, Frida von Zahn,
Oliver Peters

2023, Bd. 3, 13 S., nur online

➔ www.difu.de/18058

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-127, Mail: vertrieb@difu.de

Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos.

Sonderveröffentlichungen

Die Stadt der Viertelstunde **NEU**

Björn Schwarze, Klaus Spiekermann, Uta Bauer, Jannik Lohaus, Joachim Scheiner, BBSR (Hrsg.)
2025, 114 S., nur online
➔ www.difu.de/19127

SDG-Maßnahmen für Kommunen **NEU**

Kommunaltypen und Handlungsempfehlungen
Valeska Liedloff, Marie Munzert, Oliver Peters, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2. Auflage, zahlreiche Tabellen und Abbildungen, 153 S., 2025, nur online
➔ www.difu.de/19108

KfW-Kommunalpanel 2025 **NEU**

Christian Raffer, Henrik Scheller, Frida von Zahn
KfW Bankengruppe (Hrsg.)
2025, 41 S., nur online
➔ www.difu.de/19098

Umwelt im Quartier **NEU**

Fachliche Grundlagen für eine Strategie zur kommunalen Nachhaltigkeit und Entwicklung eines Kommunikationskonzeptes
Thomas Preuß, Daniela Michalski, Robert Riechel, Maic Verbücheln u.a.
2025, 124 S., nur online
➔ www.difu.de/19035

Rekorddefizit und Zukunftssorgen: zur aktuellen Lage der kommunalen Haushalte **NEU**

Christian Raffer u.a.
2025, 3 S., nur online
➔ www.difu.de/19001

Jahresrückblick 2024 **NEU**

Difu (Hrsg.)
2025, 28 S., nur online
➔ www.difu.de/18988

OB-Barometer 2025

Carsten Kühl, Beate Hollbach-Grömig, Difu (Hrsg.)
2025, 4 S., nur online
➔ www.difu.de/18969

Anreize für nachhaltiges Mobilitätsverhalten

Erfahrungen aus der Praxis zum Einsatz materieller, immaterieller und spielerischer Anreize
J. Rauber, M. Münsch, V. Reichow, L. Sönksen, A. Klein-Hitpaß, UBA (Hrsg.)
2025, 12 S., nur online
➔ www.difu.de/18941

Aktuelle verkehrsrechtliche Entscheidungen

Neuer Schub für die kommunale Mobilitätswende
Anne Klein-Hitpaß u.a., ARL (Hrsg.)
2025, 24 S., nur online
➔ www.difu.de/18923

Innenstädte, Stadt- und Ortsteilzentren als neue Orte produktiver Arbeit
R. Pätzold, S. Wagner-Endres u.a., BBSR (Hrsg.)
2024, 155 S., nur online
➔ www.difu.de/18870

Nach der Flutkatastrophe: Chance für Veränderung
Ein Praxisleitfaden mit Strategien und Beispielen für Kommunen
Daniela Michalski u.a.
2025, 65 S., online und print
➔ www.difu.de/18902

Voluntary Local Government Review 2025
Kommunaler Beitrag zum 3. Freiwilligen Staatenbericht der Bundesregierung zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung
Oliver Peters, Valeska Liedloff
2025, 69 S., nur online
➔ www.difu.de/18881

Kommunale Sportstätten: große Bedeutung und hoher Investitionsbedarf
S. Brilon, C. Raffer, F. von Zahn, KfW (Hrsg.)
2025, 6 S., nur online
➔ www.difu.de/18845

Studie zu Experimentierräumen und Ansätzen nachhaltiger Verkehrspolitik
Victoria Reichow, Jannik Lohaus, J. Emmanuel Bakaba, GDV (Hrsg.)
2025, 98 S., nur online
➔ www.difu.de/18905

Digitale Plattformen und integrierte Stadtentwicklung
Wirkungsfelder und kommunale Handlungsmöglichkeiten
Jan Abt, Matthias Berg, Nora Hunger, Thomas Jeswein, Cornelis Kayser, Jens Libbe, Dimitri Ravin, BBSR (Hrsg.)
2024, 70 S., nur online
➔ www.difu.de/18844

Klimaschutz in der Bauleitplanung
Instrumente und Maßnahmen, um Klimaschutz strategisch zu integrieren
Magnus Krusenotto, Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu (Hrsg.)
2024, 16 S., nur online
➔ www.difu.de/18774

Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune
Handreichung
Rat für Nachhaltige Entwicklung, Difu, Bertelsmann Stiftung, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
2024, 142 S., nur online
➔ www.difu.de/18702

Kommunale Radverkehrsförderung beschleunigen – Planungsprozesse optimieren
Ergebnisse und Empfehlungen des BMBF-

Forschungsprojekts KoRa. Abschlussbericht
Martina Hertel u.a.
2024, 60 S., nur online
➔ www.difu.de/18723

BISKO Bilanzierungssystematik Kommunal
Methoden und Daten für die kommunale Treibhausgasbilanzierung für den Energie- und Verkehrssektor in Deutschland. Methodenpapier, Version Juli 2024
Nicole Rogge u.a., 2024, 34 S., nur online
➔ www.difu.de/18705

Organisation und Management in smarten Städten und Regionen
Kommunale Arbeitshilfe zu verwaltungsbezogenen Modellen für das Management von Smart-City-Vorhaben
J. Abt, T. Hohmann, L. Dreier (Hrsg. BBSR)
2024, 70 S., online, Bestellungen Print: publikationen.bbsr@bbr.bund.de
➔ www.difu.de/18579

Superblocks – zwischen Verkehrsberuhigung und nachhaltiger Transformation des öffentlichen Raumes
Ergebnisse des Forschungsprojekts TuneOurBlock
Uta Bauer, Lisa Ruhrort u.a. (Hrsg. Difu)
2024, 48 S., nur online
➔ www.difu.de/18569

Orientierungswerte für öffentliches Grün
Kurzfassung des Forschungsberichts Stadtnatur erfassen, schützen und entwickeln
C. Böhme, L. Willen u.a. (Hrsg. BfN)
2024, 18 S., nur online
➔ www.difu.de/18568

Urbane Umweltziele: Handlungsfelder, Zielgrößen und Maßnahmenvorschläge für einen umfassenden urbanen Umweltschutz
J. H. Trapp u.a., Umweltbundesamt (Hrsg.)
2024, 272 S., nur online
➔ www.difu.de/18400

Zeitschrift

Die Stadt und der Tod **NEU**
Moderne Stadtgeschichte
MSG, Heft 1/2025, ca. 236 S., kostenlos, nur online
➔ www.moderne-stadtgeschichte.de

Die Stadt als Ort der Erinnerung an den Nationalsozialismus und seiner Verbrechen
Moderne Stadtgeschichte
MSG, Heft 2/2024, 233 S., kostenlos, nur online
➔ www.moderne-stadtgeschichte.de



Foto: Marcus Sielaff

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Kommunen, Verbände und Planungsgemeinschaften

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte, aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungs- und Fortbildungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, bildet fort, moderiert den wichtigen kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet vielfältige Serviceleistungen an.

Zentrale Kooperationspartner des Difu sind daher seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Mit ihnen kooperiert das Institut besonders eng und wird durch jährliche Zuwendungen unterstützt. Diese enge Kooperation sorgt auch dafür, dass sich die Difu-Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Difu-Zuwanderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/12807

Fortbildung

In der Kommune, online oder am Berliner Standort – die praxisorientierten Difu-Seminare sind schnell ausgebucht. Für Fortbildungen lohnt sich die Zuwanderschaft besonders: Zuwander bezahlen für Vor-Ort-Seminare stark reduzierte Preise. Seit 2025 sind alle Difu-WebSeminare für Difu-Zuwander kostenfrei. Das Institut hat sein Online-Fortbildungsangebot zudem deutlich ausgeweitet: Für Zuwander bietet das Difu exklusiv und kostenfrei Online-Impulsvorträge mit anschließendem Austausch/Diskussion vom Difu moderiert.

➔ www.difu.de/17143

➔ www.difu.de/12805

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwander. Zum Beispiel beim Jahrestreffen in Berlin, zu dem das Institut einmal jährlich einlädt.

➔ www.difu.de/programm

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu als Fallstudienstädte im Rahmen von Studien bevorzugt ausgewählt. Auch im Fall von Kostenbeteiligungen an Studien sind diese für Zuwander teils günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren damit unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand – zugeschnitten auf die eigene Stadt.

➔ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle“ Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwanderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).

➔ www.difu.de/extranet

➔ www.difu.de/6334

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten sämtliche Difu-Publikationen kostenfrei. Das Difu bietet nahezu alle Publikationen digital an. PDFs können direkt im Inter- oder Extranet heruntergeladen werden.

➔ www.difu.de/publikationen

Zugang in die Difu-Literaturdatenbank

Die Online-Recherche in der Difu-Literaturdatenbank ist kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu kommunal relevanter Literatur. Dieses Repository ist der Publikationsserver des Difu. Es enthält eine Vielzahl von Quellen, überwiegend im Volltext. Alle Difu-Publikationen werden hier erfasst und stehen meist online bereit.

➔ <https://repository.difu.de>

Weitere Infos zum Beitritt und Vorteile für Zuwander bietet die Difu-Website

➔ www.difu.de/12914

➔ +49 30 39001-208



Sybille Wenke-Thiem

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Difu-Zuwanderschaft
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekelmann

Publikationen
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Dipl.-Geogr.

Ulrike Wolf

Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) gGmbH
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
www.difu.de

Geschäftsführung: Prof. Dr. Carsten Kühl,

Dipl.-Geogr. Luise Adrian

Gesellschafter: Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Amtsgericht Charlottenburg, HRB 114959 B

Umsatzsteuer-ID: DE 261590461

Text- und Bildredaktion

Sybillie Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) mit
Vera Gutofski, Marie Kreß, Vivien Schütze,
Stefanie Beiersdorf, Wiebke Hartmann

Layout und Bildbearbeitung

Vera Gutofski

Gestaltungskonzept

3pc, Neue Kommunikation GmbH

Fotos

Coverbild: Adobe Stock, imagoDens

Großbilder:

Seite 13: Adobe Stock, Eric

Seite 16: Adobe Stock, simonlaprida

Seite 28: Adobe Stock, Edijs

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle

Tel. +49 30 39001-208, Fax -130

presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 51/vierteljährlich

ISSN 1439-6343

Stand: 8.7.2025

Nutzung der Beiträge

Frei, bei Nennung der Quelle. Beispiel: aus
Difu-Magazin Berichte, Ausgabe 2/2025.

Info an presse@difu.de erbeten.

Druck

Spree Druck GmbH

Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.



Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites

Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung,
-Fortbildung, -Veröffentlichungen sind auf der
Difu-Website zu finden – und auch auf den
Projekt-Websites, die das Difu im Rahmen
seiner Projektarbeit betreibt:

➔ www.difu.de

➔ www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online

Mit dem Difu-Magazin informiert das Institut
vierteljährlich über Forschungsergebnisse,
Standpunkte, neue Publikationen, neue Pro-
jekte, Veranstaltungen und vieles mehr. Die
Berichte erscheinen kostenfrei als Print- und
Online-Version. Der Umstieg auf die papierlose
Version hat viele Vorteile: Klima schützen, Platz
sparen, früher informiert sein – und das Difu
von den Portokosten entlasten. Der Wechsel ist
leicht: 1.) Mail-Adresse online unter Verteiler-
aufnahme eintragen. 2.) Mail an presse@difu.de
schicken und mitteilen, welche Postadresse wir
lösen dürfen. Beim Erscheinen eines neuen
Hefts erhalten eAbonnent:innen eine E-Mail mit
dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das
Online-Abo erhalten sie das Heft ca. zwei Wo-
chen vor dem Erscheinen der Printausgabe, da
Druck- und Versandzeiten entfallen. Das
Online-Archiv reicht bis 1996 zurück.

➔ www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme)

➔ www.difu.de/taxonomy/term/471 (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Alle zwei Wochen informiert das Difu über sei-
nen E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über aus-
gewählte, neue Inhalte auf der Difu-Homepage.

➔ www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

Die Difu-Publikationen stehen überwiegend
kostenfrei zum Download auf der Difu-Home-
page zur Verfügung. Einige können als Print-
exemplar käuflich erworben werden. Für Zuwen-
der sind diese kostenfrei.

➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie

Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die
gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-
Dialoge zur Zukunft der Städte“ online/teils hyb-
rid an, die sich zu jedem Termin mit einem an-
deren aktuellen Thema befasst.

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Social-Media-Kanäle

Über LinkedIn, Bluesky und Facebook kommu-
niziert das Difu aktuelle „teilenswerte“ Neuigkei-
ten aus dem Institut bzw. zu kommunal relevan-
ten Themen. Ausgewählte öffentliche Difu-Ver-
anstaltungen sowie Vorträge von Difu-Wissen-
schaftler:innen können auf Youtube „nach-
gesehen“ werden:

➔ www.facebook.com/difu.de

➔ https://de.linkedin.com/company/difu

➔ https://bsky.app/profile/difu.de

➔ www.youtube.com/@difu

Presseverteiler

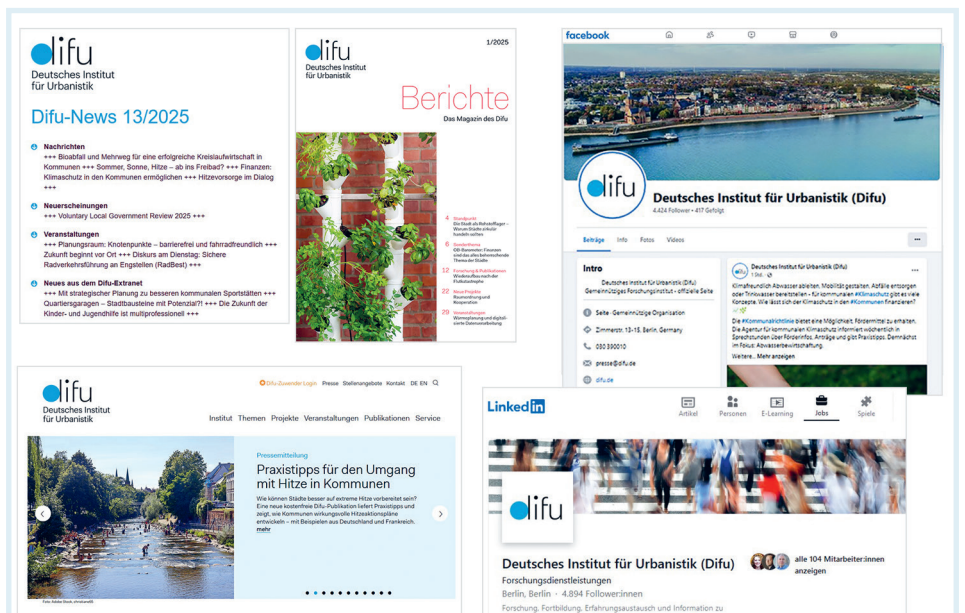
Die Pressemitteilungen informieren über
medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.

➔ www.difu.de/13168

RSS-Feeds

Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen,
Publikationen, Projekten, Ausschreibungen in-
formieren in Echtzeit über neue Inhalte auf der
Website.

➔ www.difu.de/15162



Dritte Orte für das Gemeinwesen

Gesellschaftlicher Zusammenhalt benötigt Orte für Begegnung und Diskurs. Wie werden solche „Dritten Orte“ geschaffen?

Dritte Orte für das Gemeinwesen



www.difu.de/18850



Dr. Thomas Franke
+49 30 39001-107
franke@difu.de

Julia Diringer, M.Sc.
+49 30 39001-283
diringer@difu.de



Foto: Adobe Stock, Photographee.eu

Viel ist derzeit die Rede sowohl von Verunsicherungen als auch von Fliehkräften und Polarisierung in der Gesellschaft. Entlang bestimmter Themen wie Zuwanderung und Integration, Klimakrise, Identität, Gerechtigkeit und Toleranz oder wirtschaftliche Folgen des Krieges in der Ukraine entzündeten sich Diskurse von teils erheblicher Vehemenz.

Generell stellt sich daher die Frage, wie unsere Gesellschaft – insbesondere in Städten – wieder mehr Zusammenhalt erfahren kann. Nicht nur sozialpolitische Maßnahmen sind hier gefragt, auch spezifische Räume und Orte können einen Beitrag zu mehr Gemeinsamkeit und Gemeinsinn leisten. Damit sind u. a. Stadtplanung und Stadtentwicklung gefragt, zur Schaffung bzw. Qualifizierung solcher „Dritten Orte“ in (Groß-)Städten beizutragen. Ein Aspekt kann dabei die Schnittstelle zur Entwicklung von Innenstadt- und Stadtteilzentren sein, denn Nachnutzungskonzepte für leerstehende Einzelhandelsimmobilien (Stichwort „Kaufhaussterben“) werden vielerorts dringend gesucht.

In Kooperation mit deutschen Großstädten geht das Difu u. a. folgenden Fragen nach: Welche Orte braucht das Gemeinwesen? Wie können Dritte Orte gezielt(er) für eine Stärkung des Gemeinwesens auf- und umgebaut werden? Welche Einzelaspekte wie (innen-)architektonische Gestaltung und inhaltliche Angebote, Finanzierung und Betreibermodelle, Erreichbarkeit und räumlicher Einzugsbereich spielen dabei eine wesentliche Rolle?

Das Projekt basiert u.a. auf der Analyse Dritter Orte in den projektbeteiligten Kommunen sowie dem Erfahrungsaustausch zwischen den Projektbeteiligten.

Sicher Radfahren auf dem Land

Das Projekt SIRAL entwickelt praxistaugliche Empfehlungen für eine bessere Radinfrastruktur in Regionen und Umland.



Foto: Adobe Stock, photofranz56

Während der Ausbau der Radinfrastruktur in Städten vielerorts gut voranschreitet, bleiben Verbindungen im Umland und auf Landstraßen oft unsicher und unattraktiv. Das Forschungsprojekt SIRAL setzt genau hier an: Ziel ist es, herauszufinden, wie sichere und akzeptierte Radverkehrsführungen auf Landstraßen schnell und kostengünstig realisiert werden können. Dafür analysiert das Forschungsteam die aktuelle Situation: Welche gesetzlichen Vorgaben und technischen Richtlinien beeinflussen die Radinfrastruktur (StVO, VwV-StVO, Erlasse der Länder, Straßen- und Wegegesetze)? Welche Best-Practice-Beispiele gibt es in Deutschland und im benachbarten Ausland?

Basierend auf diesen Erkenntnissen sollen mögliche Maßnahmen identifiziert werden, die zügig und kostengünstig umsetzbar sind – und dabei den Bedürfnissen von Radfahrenden als auch Anforderungen an Verkehrssicherheit und Akzeptanz gerecht werden. Ein besonderer Fokus liegt auf der Nutzung bereits bestehender Straßeninfrastrukturen. Anstatt zusätzliche Flächen zu versiegeln, wird im Projekt untersucht, wie vorhandene Flächen auf Landstraßen fahrradfreundlich umgestaltet werden können.

Ergänzend werden Vorschläge für mögliche Anpassungen des Rechtsrahmens und der technischen Regelwerke erarbeitet, um den Radverkehr in ländlichen Regionen langfristig zu stärken. Im Rahmen eines Expertenworkshops werden die vorläufigen Forschungserkenntnisse präsentiert und diskutiert und im Anschluss praxisorientierte Empfehlungen für eine verkehrssichere und akzeptierte Radverkehrsführung – für ländliche Räume und den Stadt-Umland-Bereich – ausgearbeitet, die auch flächensparend sind.

Sicher Radfahren auf dem Land



www.difu.de/18909



Dipl.-Geogr. Tobias Klein
+49 30 39001-175
klein@difu.de

Dipl.-Ing. Jannik Lohaus
+49 30 39001-132
lohaus@difu.de

Klimagerecht die Stadt planen

Das Projekt „Arbeiten zum StEP Klima 2.0“ integriert Klimathemen in die Berliner Stadtentwicklungs- und Bauleitplanung.

Klimagerecht die Stadt planen



www.difu.de/18936



Ass.iur.
Magnus Krusenotto
+49 30 39001-157
krusenotto@difu.de



Foto: Adobe Stock, Kate

Berlin soll bis zum Jahr 2045 klimaneutral werden. Um dieses Ziel zu erreichen, hat das Berliner Abgeordnetenhaus den Stadtentwicklungsplan (StEP) Klima 2.0 beschlossen. Hierzu lässt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenStadt) prüfen, wie Klimaschutz und Klimaanpassung in der Stadtentwicklungs- und Bauleitplanung in Berlin stärker berücksichtigt werden könnten. Das Difu erarbeitet daher gemeinsam mit weiteren Projektpartnern einen Vorschlag für die Senatsverwaltung.

Zunächst analysiert das Forschungsteam die Stadtentwicklungs- und Bauleitplanung in Berlin – mit dem Ziel, Potenziale für eine stärkere Einbindung von Klimathemen zu identifizieren. Dies umfasst die Untersuchung von Aktivitäten der Berliner Senatsverwaltung sowie die Erarbeitung von Empfehlungen für konkrete Umsetzungsmaßnahmen. Hier gilt es, bestehende (ungenutzte) Potenziale der Stadtentwicklungsplanung aufzuzeigen, aber auch ggf. die Rahmenbedingungen für einen deutlicheren Klimafokus in der Stadtentwicklungsplanung anzupassen. Durch eine stadtstrukturelle Analyse soll zudem die Vereinbarkeit von Wohnungsneubau mit Klimaschutz und Klimaanpassung untersucht werden. Zusätzlich werden Empfehlungen zur erfolgreichen Umsetzung von Klimamaßnahmen in einem Monitoring-Prozess der Stadtentwicklungsplanung erarbeitet.

In einem weiteren Schritt entwickeln die Projektpartner IÖR und BTU eine überschlägige, stadtstrukturell gegliederte Treibhausgasemissionsbilanz für Berlin. Klimafreundliche Stadtplanung kann zur Reduzierung dieser Emissionen beitragen, jedoch fehlen bislang etablierte Bilanzierungskonzepte zur Orientierung.

Urbane Digitale Zwillinge



www.difu.de/18937



Lisa Dreier, M.Sc.
+49 30 39001-222
ldreier@difu.de

Urbane Digitale Zwillinge

Das Difu untersucht Einsatzmöglichkeiten Urbaner Digitaler Zwillinge in der kommunalen Wärmeplanung.



Foto: Adobe Stock, Frank Wagner

Die Zukunft der Wärmeversorgung ist klimaneutral: Spätestens ab dem Jahr 2045 soll Deutschland seine Wärme ohne Treibhausgasemissionen erzeugen. Für die notwendige Wärmewende müssen Kommunen bis zu einem festgelegten Stichtag Wärmepläne vorweisen. Großes Potenzial für eine zügige und effiziente Umsetzung der Wärmewende vor Ort liegt in der Digitalisierung der Wärmeplanung. Sie ist technisches Hilfsmittel und integraler Bestandteil einer vernetzten Stadtentwicklung im Sinne smarter Städte. Ein besonderer Fokus liegt auf Instrumenten wie Urbanen Digitalen Zwillingen. Sie können Datenbestände verschiedener Akteure integrieren und eine flexible, datenbasierte Steuerung erleichtern.

Während zahlreiche Leitfäden und Beratungsangebote Kommunen bereits bei der Erstellung ihrer Wärmepläne unterstützen, sind die Potenziale digitaler Technologien – insbesondere der UDZ – bislang wenig erforscht. Das Difu-Forschungsteam untersucht gemeinsam mit dem Fraunhofer IESE im Rahmen der Begleitforschung der Koordinierungs- und Transferstelle (KTS) im Auftrag des BMWSB die Einsatzmöglichkeiten und Mehrwerte von UDZ in der kommunalen Wärmeplanung. Im Fokus steht die Frage, in welchen Prozessschritten digitale Zwillinge einen konkreten Nutzen bieten können.

Das Vorhaben bringt zwei bisher oft getrennt behandelte Themenfelder zusammen: die kommunale Wärmeplanung und die Smart-City-Entwicklung. Durch die Erforschung digitaler Lösungen für eine effizientere und transparentere Wärmeplanung wird ein wichtiger Beitrag zur Gestaltung nachhaltiger und smarter Städte und Regionen geleistet.

Mobilität – grün und sozial

Das Difu untersucht die sozial verträgliche Gestaltung von Klimaschutzmaßnahmen in der urbanen Mobilität.



Foto: Adobe Stock, R. Andreas Klein

In den vergangenen Jahren war Klimaschutz Gegenstand intensiver und kontroverser Diskussionen. Um diesen zu fördern und eine weitere gesellschaftliche Polarisierung rund um die Frage des Klimaschutzes zu vermeiden, ist der stärkere Fokus auf die sozial verträgliche Gestaltung von Klimaschutzmaßnahmen wichtig.

Das Forschungsteam untersucht, welche Handlungsmöglichkeiten Kommunen haben, um den Klimaschutz im Verkehr sozial ausgewogen zu gestalten. Im Zentrum der Untersuchung steht der ÖPNV, der als eines der wichtigsten kommunalen Instrumente für den Klimaschutz im Verkehr gilt und zugleich eine zentrale Rolle für eine sozial ausgewogene Mobilität und Stadtentwicklung spielt.

Die Untersuchung fokussiert folgende Fragestellungen:

- Welche Rolle spielt der ÖPNV für eine sozial ausgewogene Mobilitätsentwicklung in Großstädten?
- Wie können Kommunen den ÖPNV sozialverträglich(er) gestalten? Was sind konkrete Instrumente hierfür? Welche Bedeutung hat sozial verträglicher Klimaschutz bisher in kommunalen Planungsinstrumenten?
- Wie können Instrumente für Klimaschutzmaßnahmen im Verkehr zukünftig weiterentwickelt werden? Wo liegen ggf. die Grenzen?

Das methodische Vorgehen stützt sich auf Literatur- und Dokumentenanalysen sowie qualitative Interviews mit Fachleuten aus dem Bereich des kommunalen Klimaschutzes.

Circular Economy messen

Das Difu entwickelt ein Indikatorenset zur Messung der Kreislaufwirtschaft in Hamburg.



Foto: Adobe Stock, Jakob Fischer

Die Kreislaufwirtschaft gilt als Wirtschaftssystem, mit dem Ziel die Erschöpfung von Ressourcen zu vermeiden, Energie- und Stoffkreisläufe zu schließen und eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Dieses Konzept der Ressourcenschonung wird seit einiger Zeit durch „R-Strategien“ wie z.B. Recycling, Refurbish und Reuse konkretisiert. Sie zeigen zirkuläre Konzepte für Materialien, Produkte und Geschäftsmodelle auf. Viele dieser Strategien werden in der Stadt Hamburg bereits an ganz unterschiedlichen Stellen umgesetzt und sollen nun in einer Gesamtstrategie gebündelt werden. Vorläuferstudien, wie die Difu-Studie „Kreislaufstadt“, haben bereits die Chancen und Handlungsfelder der Circular Economy auf Basis vorhandener Strukturen, Aktivitäten und Akteure in Hamburg identifiziert.

Darauf aufbauend entwickelt das Difu-Forschungsteam im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg erstmals eine Liste potenzieller Indikatoren, anhand derer Bestand, Fortschritt und Wirkung der Kreislaufwirtschaftsaktivitäten vor Ort messbar werden. Die quantitative Erfassung der Kreislaufwirtschaft gilt trotz vielfältiger, internationaler Konzepte immer noch als große Herausforderung in Theorie und Praxis. In diesem Vorhaben liegt der Fokus daher auf der Entwicklung einer wissenschaftlich fundierten Methodik und der frühzeitigen Einbindung verschiedener Fachreferate und städtischer Stakeholder in die Indikatorenentwicklung. Mit passenden Kriterien soll damit die spätere Eignung der Kennzahlen für ihren jeweiligen Zweck sichergestellt werden. Projektziel ist mit dem Entwurf eines Indikatorensystems die Grundlage für ein informatives und steuerungsrelevantes Monitoring der Circular Economy in Hamburg zu schaffen.

Mobilität – grün und sozial



www.difu.de/19005



Dr. Lisa Ruhrort
+49 30 39001-108
ruhrort@difu.de

Circular Economy messen



www.difu.de/18863



Oliver Peters, M.Sc.
+49 30 39001-204
opeters@difu.de



Foto: Adobe Stock, inankilic

Präsenz- und Online-Fortbildungen zu allen kommunal relevanten Themen

Wissen entsteht im Austausch – besonders in praxisorientierten Fortbildungen. Nach diesem Prinzip bietet das Difu eine Plattform für kommunale Akteure, die es ermöglicht, vom fachlichen Input der Difu-Wissenschaftler:innen ebenso zu profitieren, wie von den Praxiserfahrungen der Difu-Netzwerkpartnern:innen. Der Erfahrungsaustausch und die Vernetzung stehen dabei im Mittelpunkt – sowohl vor Ort als auch online.

Ein Blick auf die Difu-Website lohnt sich: Hier sind stets aktuelle Veranstaltungsangebote zu finden – von hauseigenen Seminaren bis zu Veranstaltungen, die im Rahmen von Forschungs- und Wissenstransferprojekten durchgeführt werden. Auch der E-Mail-Newsletter „Difu-News“ und die Difu-Social-Media-Kanäle informieren regelmäßig über spannende Themen.

Besondere Vorteile für Zuwerderstädte:

- alle Difu-WebSeminare sind kostenlos
- besonders günstige Tarife bei Seminaren
- individuelle inhouse „Difu-Impulsvorträge“ kostenlos

Darüber hinaus sind viele Veranstaltungen, die im Rahmen geförderter Projekte stattfinden, sehr kostengünstig oder kostenfrei zugänglich. Dazu zählen z. B. Angebote des Mobilitätsforums Bund, des Zentrums KlimaAnpassung, der Agentur für Klimaschutz oder des Dialogforums zur Kinder- und Jugendhilfe.

Wir freuen uns auf den Austausch!



Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf

Leiterin Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Veranstaltungsvorschau (Auswahl)

Kommunalrichtlinie: Klimafreundliche Abwasserbewirtschaftung

Kommunaler Klimaschutz

17. Juli 2025, online

➔ www.difu.de/19013

Kommunalrichtlinie: klimafreundliche Mobilität

Kommunaler Klimaschutz

21. Juli 2025, online

➔ www.difu.de/19014

Kommunalrichtlinie: Klimaschutzkonzepte und -management

Kommunaler Klimaschutz

7. August 2025, online

➔ www.difu.de/19015

Kommunalrichtlinie: Innen- und Hallenbeleuchtung

Kommunaler Klimaschutz

11. August 2025, online

➔ www.difu.de/19016

Vision Zero: Verkehrsplanung, Verkehrssicherheit und Tempolimits in Helsinki

Fortbildungen zum Radverkehr

19. August 2025, online

➔ www.difu.de/19087

Kommunalrichtlinie: Energiesparmodelle

Kommunaler Klimaschutz

4. September 2025, online

➔ www.difu.de/19017

Nachhaltigkeit im kommunalen Haushalt verankern

Difu-Seminar, Berlin

8.–9. September 2025

➔ www.difu.de/19105

Erneuerbare Energien und ihre Flächenansprüche – Teil 1

Kommunaler Klimaschutz

9. September 2025, online

➔ www.difu.de/19031

Hitze und Trockenheit im Fokus – Strategien für die Zukunft

Difu-Seminar

10. September 2025, online

➔ www.difu.de/18939

Kommunale Investitionsfinanzierung und Sustainable Finance

11. September 2025, Frankfurt

➔ www.difu.de/19026

Kommunalrichtlinie: Beckenwasserpumpen

Kommunaler Klimaschutz

15. September 2025, online

➔ www.difu.de/19018

27. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement Fachkongress

16.–17. September 2025, Stuttgart

➔ www.difu.de/18846

Urbane digitale Zwillinge – Einsatz und Nutzen für die Klimaanpassung

Difu-Seminar

16.–17. September 2025, Bremen

➔ www.difu.de/19086

Schulinfrastruktur im Fokus

Difu-Seminar

23. September 2025, online

➔ www.difu.de/19121

Simulationslabor „Natürlich Bauen mit Holz, Stroh und Lehm“

Kommunaler Klimaschutz

24. September 2025, Hansestadt Lüneburg

➔ www.difu.de/18935

Nachhaltige Mobilität und Denkmalschutz in Einklang bringen

Difu-Seminar

29. September 2025, online

➔ www.difu.de/18940

Kommunalrichtlinie: Machbarkeitsstudien

Kommunaler Klimaschutz

2. Oktober 2025, online

➔ www.difu.de/19019

Erfahrungsaustausch Konzeptverfahren

Difu-Seminar

6.–7. Oktober 2025 in Kirchheim unter Teck

➔ www.difu.de/19077

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Dialogforum Jugendhilfe

➔ www.jugendhilfe-inklusive.de

Agentur für Kommunalen Klimaschutz

➔ www.klimaschutz.de/de/agentur

Zentrum KlimaAnpassung

➔ www.zentrum-klimaanpassung.de/termine

Mobilitätsforum Bund

➔ www.mobilitaetsforum.bund.de

Überblick sämtlicher Veranstaltungen mit Details, Einzelprogrammen und Online-Anmeldetool – stets aktuell:

➔ www.difu.de/programm

Energetisches Sanieren – einfacher, schneller, wirtschaftlicher

Ein Großteil der Gebäude in Deutschland muss bis 2045 saniert werden. In einem Difu-WebSeminar zum Thema „Serielles Sanieren“ wurden bereits realisierte und skalierbare Ansätze diskutiert.

In Deutschland werden pro Jahr rund 120.000 bis 130.000 Gebäude nach aktuellen Standards neu errichtet. Demgegenüber steht aber ein Bestand von knapp 20 Millionen Gebäuden, von denen drei Viertel bereits vor der ersten Wärmeschutzverordnung 1979 erbaut wurden – zahlreiche davon energetisch in einem eher schlechten Zustand. Serielles Sanieren soll helfen, die (energetische) Sanierungsquote unterschiedlicher Gebäudetypen durch vorgefertigte Elemente und Standardisierung zu erhöhen – einfacher, schneller, wirtschaftlicher. Die baukulturelle Qualität spielt hier jedoch oft nur eine untergeordnete Rolle. Im WebSeminar wurden erste realisierte Beispiele vorgestellt und diskutiert.

Ein möglicher Lösungsansatz ist das aus den Niederlanden stammende Energiesprong-Sanierungskonzept, das mittels hochdigitalisierter Bauprozesse mit vorgefertigten, weitgehend kreislauffähigen Fassadenelementen vergleichsweise zügig Ergebnisse liefert. In Deutschland wird das innovative Konzept von der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) betreut, unter deren Ägide bereits eine ganze Reihe unterschiedlicher Erfahrungen von Einfamilienhäusern über mehrgeschossige Bauten bis hin zu Schul- oder auch Gewerbebauten gesammelt werden konnten. Insbesondere große Wohnungsunternehmen mit eher typähnlichen Beständen sind an diesem Modell interessiert. So hat sich beispielsweise die LEG in Nordrhein-Westfalen in einem Reallabor in Mönchengladbach auf den Weg gemacht, verschiedene Lösungen von unterschiedlichen Herstellern an baulich identischen Hauszeilen zu testen. In Kooperation mit einem Modulhersteller wurde eine eigene Firma gegründet, die nun die Umsetzung im Bestand skaliert.

Die vorgehängten Fassadenelemente des Energiesprong-Konzepts modernisieren die Gebäude allerdings nicht nur, sondern verändern auch das Aussehen teils erheblich. Welche anderen, ebenfalls zügigen Sanierungsvarianten es gibt, wurde u.a. an einem Beispiel aus Regensburg diskutiert. Bei der Sanierung der genossenschaftlichen Siedlung Margaretenau aus den 1930er-Jahren kam die kreislauffähige, mineralische Glas-Bubble-Technik der Firma Maxit zum Einsatz, mit der vergleichsweise dünne Wandaufträge erreicht und

das ursprüngliche Erscheinungsbild der stadt-bildprägenden Gebäude erhalten wurde. Spätestens wenn es aber um größere Gebäude- und Fassadenhöhen geht, erweist sich das Sanieren mit Holz als besonders vorteilhaft, wie weitere Beispiele zeigten.

Wie sich die zukünftig massenhaften, optischen Veränderungen der Wohnungsbestände gegebenenfalls auf die Bewohnenden auswirken, wurde anhand erster theoretischer Überlegungen aus der Forschung diskutiert. Die Verbesserung der Lebensqualität im Wohnumfeld wird diesbezüglich als Schlüssel für eine positive Quartiersentwicklung eingeschätzt. Hieraus ergibt sich ein neues Forschungsfeld für die Zukunft. Dass sich energetische Sanierung und der Erhalt bezahlbaren Wohnens nicht ausschließen müssen, zeigte ein Beispiel aus Frankfurt am Main.



Foto: Adobe Stock, Maurice Tricatelle

Begeistert waren die Seminarteilnehmenden auch von den abschließend vorgestellten Beispielen der energetischen Sanierung von kommunalen Gebäuden wie Schulen oder Kitas – die schulfreie Zeit der Sommerferien reichte dank der seriellen Vorgehensweise für die Umsetzung tatsächlich aus! Für Bestandsgebäude insbesondere aus den 1950er- bis 1970er-Jahren wird sich das serielle Sanieren in Zukunft wohl durchaus lohnen. Potenziale für baukulturelle Qualitäten bieten aber nach wie vor eher die individuellen gebäudebezogenen Sanierungslösungen.



www.difu.de/19099



Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
+49 30 39001-296
strauss@difu.de

Quartiersgaragen – Stadtbausteine mit Potenzial?!

Quartiersgaragen sollen den öffentlichen Raum von parkenden Autos entlasten, Mobilitätsangebote bündeln und die Lebensqualität in Städten steigern. In einem Difu-WebSeminar wurde über Chancen, Herausforderungen und Praxisbeispiele diskutiert.

Die Veranstaltung startete mit einem Stimmungsbild, bei dem die über 200 Teilnehmenden ihre Erwartungen und Fragen einbrachten. Deutlich wurde, dass Quartiersgaragen vielerorts als Hoffnungsträger für die Mobilitätswende gesehen werden. Die Umsetzung wirft jedoch viele Fragen auf. Welche das sind, zeigte Sabine Haller vom Stadtplanungsamt Augsburg exemplarisch an der Planung einer Quartiersgarage auf einer Konversionsfläche im Westen der Stadt. Standortwahl, Beteiligung der Anwohnenden sowie rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen stellen hierbei große Herausforderungen dar.



asperm Seestadt, Foto: Daniel Hawelka

– inklusive E-Ladestationen, Carsharing und Fahrradabstellanlagen. Die Umsetzung erforderte Lösungen für technische (z. B. Lastmanagement für Ladepunkte), finanzielle (z.B. fehlende Beleihbarkeit) und organisatorische Fragen. Diskutiert wurden drei Betreibermodelle: Eigentum durch Investoren, eine Eigentümergemeinschaft oder die Stadt.

Ein weiteres innovatives Beispiel lieferte Andreas Neisen aus Wien mit der Seestadt Aspern. Dort ersetzen zentrale Sammelgaragen vollständig private Stellplätze. Diese werden als multifunktionale Stadtbausteine mit Werkstätten, Freizeitflächen oder Logistikräumen gestaltet. Der Modal Split zeigt Erfolge: nur 20 Prozent motorisierter Individualverkehr. Eine enge Verzahnung mit der Quartiersplanung, klare rechtliche Rahmenbedingungen, eine kostensensible Gestaltung und vor allem keine kostenlosen Stellplätze im öffentlichen Straßenland spielen hier eine entscheidende Rolle.

Rechtliche Fragen zur Grundstücksverfügbarkeit, Betreiberverantwortung und Pflichtnutzung durch Anwohnende beleuchtete Rechtsanwalt Marc Widemann. Wichtig sei die Integration in die kommunale Bauleitplanung: Durch Stellplatzsatzungen und Bebauungspläne können Quartiersgaragen gezielt gefördert werden. Zur Umsetzung gehöre zudem, Straßenraum durch Umbau oder Gebührenregelung aktiv zu steuern.

Uwe Müller aus dem Fachbereich Mobilität und Verkehr der Stadt Aachen betonte in seinem Beitrag, dass Quartiersgaragen in eine übergeordnete städtische Strategie eingebettet sein müssen. Nur im Zusammenspiel mit Verkehrsplanung, Flächenmanagement und Öffentlichkeitsarbeit können sie ihre Wirkung entfalten.

Die Abschlussdiskussion im Difu-WebSeminar verdeutlichte: Quartiersgaragen bieten große Potenziale, aber ihre Realisierung ist komplex. Es braucht klare Rahmenbedingungen, politische Unterstützung, passgenaue Konzepte und die Akzeptanz der Bevölkerung. Aufgrund des großen Interesses am Thema Parken führt das Difu gemeinsam mit neun Kommunen das Städteprojekt „Parken neu organisieren“ durch, das auch Quartiersgaragen aufgreift.

Anne-Susan Freimuth von der Ramboll Deutschland GmbH erläuterte im Anschluss, dass Quartiersgaragen mehr als reine Stellplatzanlagen seien. Als multifunktionale Infrastrukturen mit Potenzial für soziale, gewerbliche und ökologische Nutzungen sollen sie den ruhenden Verkehr bündeln, um Flächen für Fuß- und Radverkehr sowie Aufenthaltsqualität zu schaffen. Voraussetzung für ihre Akzeptanz seien eine gute Erreichbarkeit, faire Preise und ein klares Nutzungskonzept. Mögliche Modelle reichen von reinen Bewohnerparkhäusern bis hin zu Mobilitätsstationen mit Carsharing, Ladeinfrastruktur und Paketdiensten. Der Betrieb kann über Wohnungsbaugesellschaften, private Anbieter oder öffentliche Trägerschaften erfolgen.

Ingbert Ridder, Amt für Geoinformation, Liegenschaften und Kataster der Stadt Bochum, berichtete vom Projekt „Quartiersgarage Feldmark“. Als Teil eines autoarmen Wohnquartiers mit rund 700 Wohneinheiten umfasst die Garage 187 Stellplätze



www.difu.de/18563
www.difu.de/19008



Dr. Michaela Christ
+49 30 39001-106
christ@difu.de

Dipl.-Ing. Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Mit strategischer Planung zu besseren kommunalen Sportstätten

Straßen, Brücken und Schulen dominieren die Debatte – dabei ist kommunale Sportinfrastruktur essenziell für Gesundheit, Zusammenhalt und Daseinsvorsorge. Im Difu-WebSeminar diskutierten Fachleute über Bedarf, Planung und Finanzierung.

Sport ist zentral für die individuelle Gesundheit, die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kommunale Sportinfrastruktur bietet hierfür den Raum. Daten aus einer Sonderhebung im Rahmen des „KfW-Kommunalpanel 2024“, die Difu-Wissenschaftlerin Frida von Zahn in ihrem Input vorstellte, weisen jedoch auf bestehende Defizite hin. Diese werden weiter zunehmen, wenn die Kommunen nicht hinreichend investieren.

Sportstätten sind Teil der Daseinsvorsorge, auch wenn Sport an sich nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben zählt. Lediglich als Schulträger sind Kommunen verpflichtet, Turnhallen und Sportplätze vorzuhalten. Wenn die Haushaltsspielräume enger werden, fehlen meist die Mittel für den Unterhalt und die Errichtung von Sportanlagen, die nicht unmittelbar dem Sportunterricht dienen. Das wird jedoch den heutigen Anforderungen an zeitgemäße Bewegungs- und Sportangebote nicht gerecht.

Vor diesem Hintergrund suchten kommunale Fachleute beim WebSeminar im April 2025 gemeinsam nach Lösungen zur strategischen Sportstättenplanung in Kommunen. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass allen Menschen die Teilhabe am Sport möglich sein soll – unabhängig von ihren körperlichen, geistigen oder emotionalen Fähigkeiten. Allerdings unterliegen das individuelle Sportverhalten und die Sportnachfrage Veränderungen, wie z. B. dem demografischen Wandel, die auch Anpassungen in der Sportinfrastruktur erforderlich machen. Angesichts des Klimawandels gewinnen außerdem Klimaschutz sowie der Umgang mit veränderten klimatischen Bedingungen an Bedeutung im Sportstättenbau und bei der -sanierung.

Dementsprechend werfen die Planung, der Bau und die Ausstattung der kommunalen Sportinfrastruktur viele Fragen auf. Im Seminar wurde u. a. deutlich, dass die strategische Sportentwicklungsplanung hierfür wichtige Antworten liefert. Neben dem Abbau des Investitionsrückstands und dem Umgang mit veränderten und wachsenden Anforderungen an Sportinfrastruktur, werden auch die (fehlenden) personellen und finanziellen Ressourcen thematisiert. Prof. Dr. Lutz Thieme

und Matthias Weinfurter von der Hochschule Koblenz gaben daher einen Einblick in ihre laufende Studie zur optimalen Ausgestaltung von Förderprogrammen.

Eine zentrale Erkenntnis im Seminar: Es werden zusätzliche Mittel von Bund und Ländern benötigt – mit vereinfachten Verfahren und flexiblen Pauschalen. Gleichzeitig muss die Unterstützung verlässlich und besser planbar werden. Aber auch dann kommen die Kommunen nicht umhin, den tatsächlichen Bedarf zu erfassen und die richtigen Prioritäten zu setzen. Mit der Berliner Strategie Sportinfrastruktur, vorgestellt von Erik Schlaaff aus der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, sowie der Sportentwicklungsplanung in Krefeld, vorgestellt durch den Leiter des Fachbereichs Sport und Sportförderung Oliver Klostermann, wurden zwei praktische Anwendungsfälle als Lösungswege aufgezeigt.



Foto: Adobe Stock, sunnybright

Die strategische Planung schafft wichtige Voraussetzungen für bessere Sportstätten. Essenziell hierfür sind fundierte, datenbasierte Bestandsanalysen („Wo stehen wir?“), die Einbindung aller Akteure („Wie soll Sport(Infrastruktur) in Zukunft aussehen?“) und eine gemeinsame, kriteriengeleitete Priorisierung („Was brauchen wir dafür zuerst?“). Ausgangspunkt und Instrumente sind damit bekannt. Zeit für den Startschuss zur Umsetzung!



www.difu.de/19095
www.difu.de/18845
www.t1p.de/c7gmd



Dr. Stefan Schneider
 +49 30 39001-261
schneider@difu.de

Dr. Henrik Scheller
 +49 30 39001-295
scheller@difu.de



Radverkehr in schnell – Herausforderungen und Impulse

Obwohl der Radverkehr in den letzten Jahren vielerorts Rückenwind bekam, dauert die Umsetzung von Radverkehrsprojekten oft zu lange. In einem Difu-WebSeminar im Februar Lösungen vorgestellt und diskutiert.

Die Verlagerung von Verkehrsleistungen auf den Umweltverbund, d.h. für kürzere Strecken auf den Fuß- und Radverkehr sowie für längere Strecken auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), ist Ziel vieler Kommunen in Deutschland. Trotz dieser Zielsetzung und der Bereitschaft zur Mobilitätswende geht der Um- und Ausbau der kommunalen Infrastruktur nur schleppend voran.

Anlass für das Webinar waren die Ergebnisse aus dem Difu-Forschungsprojekt „KoRa: Beseitigung von Umsetzungshemmnissen in der kommunalen Radverkehrsplanung“. Im Fokus stand die Frage, warum zentrale Vorhaben für eine bessere und sichere Radverkehrsinfrastruktur trotz ambitionierter Pläne häufig lange dauern. Es wurden die konkreten Hemmnisse bei Umsetzungsprozessen von Radverkehrsprojekten identifiziert, analysiert und Lösungen für deren Überwindung erarbeitet. Ein Jahr nach dem Ende des Forschungsprojekts wurden zentrale „lessons learnt“ der Modellkommunen im Seminar vorgestellt und diskutiert.

Die Kolleg:innen aus Aachen berichteten zunächst von der im Jahr 2024 vorgenommenen Verwaltungsumstrukturierung mit der Neugründung des Fachbereichs Mobilität und Verkehr. Sie gaben Einblick in vier Teilprojekte, die seit dem Ende des Forschungsprojekts vorangebracht wurden. Dazu gehören u.a. die Standardisierung und Professionalisierung der Kommunikationsabläufe, um die Öffentlichkeitsarbeit zu Verläufen und Prozesszusammenhängen von Radverkehrsprojekten zu koordinieren und zu verbessern. In München wurden im Rahmen des KoRa-Projekts zunächst eher kurzfristige Verbesserungen angestrebt, da zeitgleich mit dem Projektbeginn das neue Mobilitätsreferat gebildet wurde, welches Aufgaben und Kompetenzen im Bereich Mobilität bündelt. Das Forschungsprojekt war ein wesentlicher Inputgeber und Ideenspeicher für die Umsetzung der Teilstrategie Radverkehr. U.a. wurden die fachübergreifenden Abläufe, Formate und Schnittstellengestaltung in Bezug auf die Umsetzung von Radverkehrsmaßnahmen optimiert und das gemeinsame Ziel „Mobilitätswende“ etabliert. Zudem konnte die realitätskonforme, effiziente und transparente Kommunikation in die politischen Gremien sowie die Zivilgesellschaft verbessert werden.

Begleitend zu den Praxiserfahrungen stellte Difu-Wissenschaftler Dr. Christian Raffer in einem Impulsreferat vor, dass Kommunen nicht alle Hemmnisse, die zur Verzögerung von Infrastrukturprojekten führen, selbst beeinflussen können. Gleichwohl gibt es aber eine Reihe von „Stellschrauben“, die die Umsetzung von Infrastrukturprojekten erleichtern und im besten Fall auch wirtschaftlicher machen. Wesentlicher Teil



Foto: Adobe Stock, Iisovoy

des Webinars war der Erfahrungsaustausch von Teilnehmenden in Arbeitsgruppen. Zur Diskussion standen die Übertragbarkeit auf andere Kommunen, die effiziente und effektive Organisation der Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren sowie die Anforderungen durch Klimaanpassung und Wärmewende. Letzteres erhöht die Komplexität der Abstimmung von infrastrukturellen Verkehrsplanungsmaßnahmen aufgrund der Notwendigkeit der Einbeziehung weiterer Akteure wie z.B. den Trägern der Fernwärmenetze.

Im Abschlussvortrag von Philipp Gleiche, Abteilungsleiter Strategische Mobilitätsentwicklung der Stadt Leipzig, ging es um die institutionelle Zusammenarbeit in Leipzig. Er stellte insbesondere die sog. „Phase Null“ in Projekten vor – eine Phase, die bei komplexen Straßenverkehrsvorhaben neben der Einrichtung von Projektteams vor den Leistungsphasen der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure eingezogen wird. Zielkonflikte, die häufig erst in späteren Planungsphasen sichtbar werden, werden somit vermieden und die Anzahl der Überarbeitungsschleifen reduziert.



www.difu.de/18901
www.difu.de/18723



Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

Doris Reichel, M.A.
+49 30 39001-233
reichel@difu.de

Komplexe Hilfebedarfe bei Kindern und Jugendlichen

Wie gestaltet sich Kinder- und Jugendhilfe sowie Eingliederungshilfe an der Schnittstelle zu Schule und Medizin? Welche Herausforderungen bestehen und wie können diese überwunden werden? Dies waren Themen des Difu-Seminars im Februar 2025.

Anlass für die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderte Veranstaltung des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis“ war, dass es zunehmend Kinder und Jugendliche mit komplexen Hilfebedarfen gibt, die aufgrund dessen sehr herausfordernd für ihre Eltern, die Fachkräfte und ihr soziales Umfeld sind. Die Suche nach passenden Hilfesettings im Umgang mit den diagnostizierten Bedarfslagen gestaltet sich in der Praxis häufig sehr schwierig, da diese jungen Menschen oft gleichermaßen Hilfebedarf zu Hause, in der Schule sowie in der kinder- und jugendpsychiatrischen Betreuung und Versorgung haben. Die Hilfesysteme stoßen hier an ihre Grenzen. Diskutiert wurde die Frage, welche Gestaltungsmöglichkeiten durch Leistungsplanung aus einer Hand es für junge Menschen mit (hoch)komplexen Hilfebedarfen gibt. Dabei ging es um eine Stärkung der rechtskreisübergreifenden Ausrichtung der Jugendhilfe, eine bessere Kooperation mit anderen Rechtskreisen und Hilfesystemen, eine umfassende Beratung der Klient:innen sowie um niedrigschwellige Zugänge zu Angeboten.



Foto: Adobe Stock, ulza

der Fachkräfte seien. Es gehe nicht um die Frage, was verhindert, sondern was verbessert werden könne und wie Ressourcen der Jugendlichen einbezogen werden können. Intensivpädagogische Angebote sollten konflikticher, deeskalierend, verstehend, kontinuierlich und präsent sein sowie das Nähe-Distanz-Verhältnis gut austarieren. Es brauche sozialraumorientierte Ansätze mit regionalen Falllösungen, da sonst kein Controlling möglich sei. Hilfen sollten lange genug gewährt werden, so dass Beziehungsaufbau möglich sei. Fachkräfte sollten hierbei unterstützt und entlastet werden.

Prof. Dr. Jan Kepert, Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl, referierte, dass die Komplexität in der Hilfgewährung in der Praxis enorm gestiegen sei und dies erheblichen Koordinationsaufwand mit sich bringe, u.a. auch bei der Einbindung der Systeme in die Hilfeplanung und beim Zuständigkeitsübergang. Diese neue Komplexität biete eine große Chance für multidisziplinäre Zusammenarbeit. Allerdings gebe es keine Spiegelverpflichtung zur Kooperation aller erforderlichen/beteiligten Hilfesysteme wie im Sozialgesetzbuch (SGB) VIII, dies erschwere die professionelle Gestaltung des Hilfeprozesses. Auch in der nachfolgenden Diskussion wurde problematisiert, dass Rechtslage und „gefühlte Situation“ nicht (mehr) zusammenpassen. Eine Zusammenarbeit der Helfersysteme in den Rechtskreisen SGB VIII und IX werde gesetzlich schon länger in der Jugendhilfe gefordert.

Aus Sicht von Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Schule und Medizin wurde jeweils ein Fall mit hochkomplexen Hilfebedarf vorgestellt – mit dem Fokus, was in der Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern erforderlich und hilfreich gewesen wäre. Beantwortet werden sollte die Frage, was aus der Analyse dieser Einzelfälle an Erkenntnissen generalisiert werden kann. Ein wichtiges Ergebnis war, dass sich die Einrichtung einer Clearingstelle als Kooperationsprojekt, in das alle erforderlichen Professionen von Beginn an einbezogen sind, als wirksam für eine effektive Hilfeplanung erwiesen hat. Sehr spürbar war, dass weiterer Vertiefungsbedarf besteht, z.B. im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Eingliederungshilfe, dem Gesundheitswesen und den Krankenkassen.



www.difu.de/18903
www.t1p.de/nkbzb



Dr.
Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Dipl.-Soz.
Kerstin Landua
+49 30 39001-135
landua@difu.de

Prof. Dr. Menno Baumann, Fliebler Fachhochschule Düsseldorf, stellte fest, dass es keine wissenschaftliche Evidenz dafür gebe, dass Kinder heute schwieriger seien. Das Gewaltpotenzial werde sogar weniger. Die „gefühlte Realität“, dass es eher umgekehrt sei, hänge auch mit der Definition von „schwierig“ zusammen. Dies sei kein Problem des Kindes. Es sei zu fragen, auf wen der junge Mensch privat und in den Hilfesystemen treffe, in welchen Settings im Hilfeprozess agiere und wie qualitativ die Entscheidungen

Kommunaler Klimaschutz trotz knapper Kassen

Trotz angespannter Haushaltslage können Kommunen den Klimaschutz erfolgreich voranbringen – das zeigten aktuelle Praxisbeispiele beim Klimaschutzmanagement-Vernetzungstreffen der Agentur für kommunalen Klimaschutz in Leipzig.

Viele Städte und Gemeinden kämpfen mit finanziellen Engpässen – gerade für freiwillige Aufgaben wie den Klimaschutz stellt das eine besondere Herausforderung dar. Dennoch gibt es zahlreiche Möglichkeiten, mit begrenzten Mitteln aktiv zu werden. So lassen sich durch Energiemanagement und Energieeffizienzmaßnahmen wie die Sanierung der Straßenbeleuchtung die kommunalen Ausgaben mittel- und langfristig senken. Zusätzlich kann der Ausbau erneuerbarer Energien neue Einnahmen bringen, etwa durch Pacht- und Gewerbesteuern. Ein Klimaschutzpersonal holt Expertise in die Verwaltung und erschließt oft weitere Fördermittel für die Kommune. Diese Maßnahmen sind auch über die Kommunalrichtlinie förderfähig, wobei finanzschwache Kommunen eine besonders hohe Förderquote erhalten. Klimaschutz lässt sich zudem strukturell verankern, etwa durch Bauleitplanung, städtebauliche Verträge oder Stellplatzsatzungen, die beispielsweise Vereinbarungen über energetische Gebäudestandards, Photovoltaik-Anlagen auf Dachflächen oder Ladeinfrastruktur für E-Mobilität betreffen. Dies erfordert kaum zusätzliche Mittel, entfaltet jedoch eine langfristige Wirkung.

Neben diesen strukturellen Instrumenten wurden im Februar beim Vernetzungstreffen in Leipzig auch konkrete Praxisprojekte vorgestellt und diskutiert. Ein gelungenes Beispiel ist der Klimafonds Celle. Gefördert werden hier u. a. Photovoltaikanlagen, Gründächer, energetische Sanierungen und moderne Heizsysteme für Privatpersonen, Gewerbetreibende, Vereine sowie öffentliche Einrichtungen. Rund sieben Millionen Euro aus dem Klimafonds haben bislang Investitionen in Höhe von über 97 Millionen Euro ausgelöst und rund 6.800 Tonnen CO₂-Äquivalente eingespart.

In Bad Doberan zeigt sich, wie bürgernahe Energiewende gelingen kann. Dort wurde eine Bürgerenergiegenossenschaft (BEG) gegründet und ein Strombilanzkreismodell eingeführt. Die Stadt nutzt ein Rückpachtmodell, mit dem sie geeignete Dächer zur Errichtung von Photovoltaikanalgen an die BEG verpachtet. Anschließend pachtet die Stadt die Anlagen zurück, wird selbst zur Betreiberin und kann den erzeugten Strom sowohl für die jeweilige Liegenschaft nutzen, als auch für sechs weitere Gebäude. Die Bürger:innen

können sich finanziell beteiligen und später von den Einnahmen profitieren. Sie erhalten Zugang zu preiswerter Energieversorgung und stärken die regionale Wertschöpfung.

Auch Teltow nutzt einen durchdachten Ansatz, der Verwaltung und Politik von klimafreundlichen Lösungen überzeugen kann. Beim Neubau einer Sportanlage wurden nicht nur die Kosten der Baumaßnahmen, sondern auch die Betriebs- und Wartungskosten über einen Zeitraum von 50 Jahren berücksichtigt. Verschiedene Varianten (u.a. Biogas, Solarthermie, Photovoltaik und Wärmepumpe) wurden geprüft und die Lösung mit den niedrigsten Gesamtkosten, der besten Ökobilanz und den geringsten CO₂-Emissionen gewählt.



Foto: Adobe Stock, Artur Bogacki

Als weitere Option wurde das Energiespar-Contracting vorgestellt. Man lässt externe Dienstleister – sogenannte Contractor – Effizienzmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden umsetzen und selbst finanzieren. Dadurch entstehen der Kommune keine Ausgaben und es wird weniger Personal gebunden. Außerdem werden die Maßnahmen zügiger umgesetzt und die Kommune erhält eine vertraglich festgelegte Einspargarantie. Weitere Informationen dazu bietet das Kompetenzzentrum Contracting bei der Deutschen Energieagentur.

Klimaschutz ist also durchaus auch mit knappen Mitteln möglich – entscheidend sind durchdachte Konzepte, eine gute Zusammenarbeit und gezielte Förderung sowie Engagement und der Wille, gemeinsam vor Ort etwas zu bewegen.



www.t1p.de/7aa95
www.t1p.de/6rh38
www.t1p.de/681az
www.t1p.de/tjqnt



Carolin Fischer, M.A.
 +49 30 39001-178
cfischer@difu.de

Linus Goericke
 +49 30 39001-244
goericke@difu.de



Nachrufe zu Luise Preisler-Holl und Michael Reidenbach

Das Difu trauert um zwei ehemalige, langjährige und geschätzte Difu-Mitarbeitende. Die ausführlicheren Nachrufe sind auf der Difu-Website veröffentlicht:

Dipl.-Ing. Luise Preisler-Holl war im Bereich Stadtentwicklung tätig, sie beschäftigte sich intensiv mit dem Thema Städtisches Grün bis hin zur Thematik der kommunalen Friedhofskultur.

➔ www.difu.de/19078

Dipl.-Volksw. Michael Reidenbach war vielen Fachleuten für seine Arbeiten rund um das Thema Kommunalfinancen bekannt. Diverse Publikationen zu kommunalen Investitionen stammen aus seiner Feder.

➔ www.difu.de/19091

Christa Böhme

langjährige Mitarbeiterin des Forschungsbereichs Stadtentwicklung, Recht und Soziales ist im Juli in den Ruhestand gewechselt. 1991 begann die Landschaftsplanerin am Difu zu den Themen integrierter Freiraum- und Stadtentwicklung zu forschen. Ab den 2000er-Jahren setzte sie sich vermehrt mit gesundheitsfördernder Stadtentwicklung sowie dem Zusammenhang von Umweltqualität, sozialer Lage und Gesundheit auseinander und trug dazu bei, das Konzept der Umweltgerechtigkeit in der kommunalen Praxis zu verankern. Christa Böhme war in vielen Gremien und Jurys aktiv und trug so dazu bei, dass Difu-Forschungsergebnisse wahrgenommen und genutzt werden konnten: Fachkommission „Stadtgrün“ des DST, beratender Arbeitskreis des bundesweiten Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit, Sachverständigenbeirat für Naturschutz und Landschaftspflege des Landes Berlin sowie Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung.

Moritz Frese

arbeitet seit Mitte März 2025 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Umwelt im Team Klimaanpassung und Stadtökologie am Difu-Standort Köln. Er studierte Geographie an der Universität Münster, der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und am University College London und beschäftigte

sich hier mit Themen des nachhaltigen Stadtumbaus im Rahmen der kritischen Stadtforschung, Governance und Transformationsforschung. Bei der GIZ sammelte er Erfahrungen in der internationalen Zusammenarbeit im Bereich nachhaltiger urbaner Mobilität und war zuletzt als Stadtplaner in der kommunalen Stadtentwicklung tätig. Am Difu arbeitet er im Projekt Zentrum Klimaanpassung sowie zu Instrumenten zur Verbesserung der Planung von Klimaanpassungen.

Jasmin Koller

ist seit Anfang Februar als Referentin im Forschungsbereich Umwelt am Standort Köln tätig. Im Team der Agentur für kommunalen Klimaschutz wird sie vorrangig im Bereich Beratung und Veranstaltungen aktiv sein. Jasmin Koller absolvierte ihr Geographiestudium an der RWTH Aachen (B. SC.) sowie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (M. Sc.). Während ihres Studiums arbeitete sie u.a. in einem Forschungs- und Beratungsinstitut zu verschiedenen kommunalen Themen sowie bei der Stadt Bonn zu einem Förderprogramm für Photovoltaikanlagen. Bereits während ihrer Studienzeit beschäftigte sie sich mit verschiedenen Aspekten der Stadtentwicklung sowie dem Zusammenhang von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit. Nach Ihrem Masterabschluss arbeitete sie bei der Stadt Bonn im Programmbüro Klimaneutrales Bonn 2035, im Bereich der Klimaschutzkoordination.

Sigrid Künzel

wechselte zum Jahresende nach mehr als einhalb Jahrzehnten am Difu-Standort Köln in den Ruhestand. Sie wirkte im Forschungsbereich Umwelt durchgehend als Bereichsassistentin, bei der Veranstaltungsbetreuung und bei vielerlei redaktionellen Tätigkeiten und unterstützte unter anderem den Aufbau der „Service-stelle: Kommunaler Klimaschutz“, heute „Agentur für kommunalen Klimaschutz“. Der Bereich Umwelt expandierte in den vergangenen 16 Jahren auf das Siebenfache der ursprünglichen Personalstärke und etablierte sich hälftig am Kölner und am Berliner Standort. In Köln war Sigrid Künzel zudem als Assistenz für weitere Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte und für den jährlich stattfindenden „Fachkongress für kommunales Energiemanagement“ zuständig. Nach einem Studium in Anglistik und

Geographie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn war Sigrid Künzel vor ihrer Tätigkeit am Difu lange Jahre bei der Zeitschriftenredaktion der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen sowie anschließend im Referat Evaluierung der Leibniz-Gemeinschaft, damals beides in Bonn, tätig.

Jana Lange

verstärkt seit Februar 2025 den Forschungsbereich Umwelt im Team Klimaanpassung und Stadtökologie am Standort Köln. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt Zentrum Klimaanpassung (ZKA) unterstützt sie Kommunen und kommunale Akteur:innen bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Im Mittelpunkt ihrer Aufgaben stehen dabei Informations- und Bildungsangebote wie Workshops und Publikationen sowie das Mentoring-Programm für Klimaanpassungsmanager:innen. Schon während des Masterstudiums der Humangeographie an der Universität Münster legte Jana Lange einen Fokus auf Themen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in der Stadtentwicklung. Vor ihrer Tätigkeit am Difu arbeitete sie als Projektkoordinatorin für klimafreundliches Bauen und Sanieren bei der Stabsstelle Klima der Stadt Münster sowie als Referentin für Energieeffizienz und erneuerbare Wärme beim Deutsch-französischen Büro für die Energiewende (DFBEW) in Paris.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Christa Böhme (Foto: David Ausserhofer), Moritz Frese (Foto: Moritz Frese), Jasmin Koller (Foto: Jasmin Koller), Sigrid Künzel (Foto: Jennifer Rumbach), Jana Lange (Foto: Christin Reimer)



Zwischen Haustür und Haltestelle

Zufußgehen und der öffentliche Verkehr werden oft noch getrennt gedacht, geplant und umgesetzt. Difu-Wissenschaftler Jan-Philipp Mesenbrock beleuchtet in einem Kurzvortrag auf YouTube die Potenziale rund um den Zugang zum ÖPNV – und deren Bedeutung für eine zukunftsorientierte Mobilität.

➔ www.t1p.de/xqw5g

Difu im Expertengremium des BMV

Difu-Forschungsbereichsleiterin Anne Klein-Hitpaß wurde in das „Expertenforum klimafreundliche Mobilität und Infrastruktur (EKMI)“ des Bundesministeriums für Verkehr berufen. Ziel des EKMI ist es, das Bundesverkehrsministerium bei der Entwicklung von Maßnahmen für das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung für den Verkehrssektor zu unterstützen. Die frühzeitige Einbindung von Fachleuten soll sicherstellen, dass wirtschaftlich machbare sowie finanziell und gesellschaftlich umsetzbare Maßnahmen erarbeitet werden, um die Dekarbonisierung im Verkehr wirksam voran zu treiben.

➔ www.t1p.de/qw0lm

Tagung des Starkregen-Netzwerks Niedersachsen

Am 21. Mai fand die sechste Tagung des Starkregen-Netzwerks Niedersachsen statt, die von der Kommunalen Umwelt-Aktion (UAN e.V.) ausgerichtet wurde. Im Fokus standen Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten im Hinblick auf Klimaanpassungsmaßnahmen und Starkregenvorsorge. Difu-Wissenschaftlerin Mascha Overath stellte auf der Tagung die Angebote des Zentrums KlimaAnpassung vor.

➔ www.t1p.de/ukve7

Zero Waste in Kommunen

Die Zahl der Kommunen, die den Weg zur Zero Waste-City einschlagen und ihr Abfallaufkommen kontinuierlich reduzieren, wächst. Aber wie können Kommunen ihre Müllmengen reduzieren, wie die Einwohnenden vor Ort für das Thema begeistern? Sind Verpackungssteuern dabei hilfreich? Am 14. Mai nahm Difu-Wissenschaftler Maic Verbücheln an einer Online-Diskussion der Plattform „NeueStadt.org“ zum Thema Müllvermeidung und Kreislaufwirtschaft teil, die sich auf diese Fragen fokussierte.

➔ www.t1p.de/m8e6x

Difu auf DST-Hauptversammlung in Hannover

Vom 13.–15. Mai war das Difu mit einem Informationsstand auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in der Landeshauptstadt Hannover vertreten. Unter dem Motto „Zusammen sind wir Stadt“ berieten die rund 1500 Delegierten der kommunalen Familie darüber, was Städte bewegt und Zusammenhalt stärkt.

➔ www.difu.de/19011

Internationaler Fachaustausch: Voluntary Subnational Review

Die Internationale Städte-Plattform für Nachhaltige Entwicklung CONNECTIVE CITIES organisierte am 7. Mai einen digitalen Fachaustausch, bei dem Vertreter:innen aus Südafrika und Deutschland ihre jeweiligen Bemühungen zur Lokalisierung der Sustainable Development Goals (SDGs) vorstellten. Das deutsche Voluntary Local Government Review wurde u.a. von Difu-Wissenschaftler Oliver Peters vorgestellt.

➔ www.t1p.de/85njf

MPSC-Kongress in München

Vom 5.–6. Mai fand die sechste Konferenz der Fördermaßnahme Modellprojekte Smart Cities (MPSC) statt. Die Veranstaltung mit knapp 250 Teilnehmenden förderte den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit der Modellprojekte. Die Difu-Fachleute Theresa Hohmann und Jan Abt übernahmen Konzeption und Moderation von zwei Workshops, die sich mit Ankerorten des digitalen Wandels und Gesundheitsplattformen befassen.

➔ www.t1p.de/czgfz

Leere Zimmer in Einfamilienhäusern besser nutzen

Difu-Bereichsleiterin Ricarda Pätzold hielt am 28. April im Rahmen der Abschlussveranstaltung der Ausstellung „Zimmer frei? Das ungenutzte Potenzial unserer Einfamilienhausgebiete“ einen Vortrag über Einfamilienhausgebiete als kommunales Handlungsfeld und nahm an der anschließenden Podiumsdiskussion teil. Die Ausstellung präsentierte die Ergebnisse eines Studierendenprojekts der Hochschule Biberach, in denen Varianten des Umbaus von Einfamilienhäusern erarbeitet wurden.

➔ www.t1p.de/mfsww

Difu beim innocam.FORUM

Wie können Kommunen automatisierte und vernetzte Mobilitätslösungen erfolgreich umsetzen? Diese Frage stand im Mittelpunkt des innocam.FORUM am 10. April in Wuppertal. In einem Einführungsvortrag sprach Difu-Wissenschaftlerin Dr. Alexandra Bensler über kommunale Wirkungspotenziale und Steuerungsbedarfe des autonomen Fahrens im ÖPNV und im privaten Pkw-Verkehr.

➔ www.t1p.de/xhhga

Difu beim Eimsbütteler Mobilitätsforum

Beim 10. Eimsbütteler Mobilitätsforum zum Thema Stadtteilzentren und Mobilität referierte Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer über die Zusammenhänge der Entwicklung des Einzelhandels und Maßnahmen der Mobilitätswende. Die Veranstaltung fand am 2. April im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses für Mobilität statt.

➔ www.t1p.de/nsjx3

Für eine Kultur des Miteinanders

Wie ist es um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft bestellt – um das Verhältnis von Stadt und Land, um die Dialogfähigkeit trotz unterschiedlicher Interessenspositionen? Darum ging es u.a. beim Alois-Glück-Kolloquium der bayerischen Akademie Ländlicher Raum und der Hanns-Seidel-Stiftung. Difu-Teamleiterin Dr. Stephanie Bock hielt am 19. März einen Vortrag zu gerechtem Ausgleich von Lasten und Nutzen im interkommunalen Dialog.

➔ www.t1p.de/y0h8i

Kommunaler Klimaschutz für und mit Familien

Klimabezogene Investitionen sind dringend nötig und betreffen auch den Familienalltag, wie z. B. in Schulen, Kitas und Seniorenheimen. Difu-Teamleiter Dr. Henrik Scheller stellte beim Impulsworkshop des Bundesforums Familie am 18. März die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie zur Einrichtung einer „Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz“ vor.

➔ www.t1p.de/dmrmq

Fotos (v.l.n.r.)

1: Adobe Stock (Tobias Arhelger), 2: Adobe Stock (juliasudnitskaya), 3: Sybille Wenke-Thiem 4: Vera Gutofski,



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen.

Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen an die Infos über die Difu-Homepage im „Extranet“. Im Berichte-Magazin sind Exklusiv-Inhalte mit diesem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte und -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:

 www.difu.de/extranet/

Übersicht der Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:

 www.difu.de/15192

Sollte trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, so hilft der Bereich Wissensmanagement gern weiter:

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf

+49 30 39001-297

wolf@difu.de

Fragen zu Difu-Publikationen:

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann

+49 30 39001-254

diekelmann@difu.de

Bestellungen:

+49 30 39001-253

vertrieb@difu.de

 www.difu.de/publikationen

Neue Veröffentlichungen zum Download

Kreislaufstadt – Chancen für Resilienz und Wertschöpfung (erscheint in Kürze)

 www.difu.de/publikationen

Krisenmanagement als kommunale Daueraufgabe? (erscheint in Kürze)

 www.difu.de/publikationen

Difu-Magazin Berichte 2/2025

 www.difu.de/19043

Die Stadt der Viertelstunde

 www.difu.de/19127

Die Stadt und der Tod

 www.difu.de/19116

Das Klima schützen, die Energiewende gestalten, dem Klimawandel begegnen

 www.difu.de/19073

SDG-Maßnahmen für Kommunen

 www.difu.de/19108

KfW-Kommunalpanel 2025

 www.difu.de/19098

Umwelt im Quartier – Abschlussbericht

 www.difu.de/19035

Nachhaltige Kunststoffkreisläufe: regionale Vermeidungs- und Substitutionsstrategien

 www.difu.de/19027

Hitzeaktionspläne in der kommunalen Praxis

 www.difu.de/19032

Mobilfunkgutachten 2023

 www.difu.de/19040

Rekorddefizit und Zukunftssorgen: zur aktuellen Lage der kommunalen Haushalte

 www.difu.de/19001

Difu Jahresrückblick 2024

 www.difu.de/18988

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Zwischen Haustür und Haltestelle

Difu-Videokurzvortrag

 www.t1p.de/xqw5g

Die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe ist multiprofessionell

  www.difu.de/19083

EU-Verordnung „Wiederherstellung der Natur“

  www.difu.de/19097

Integrierte Infrastrukturplanung

  www.difu.de/19096

Der Weg zur Haltestelle

  www.difu.de/19052

Sichere Städte

  www.difu.de/19028

Sozialraumorientierung

  www.difu.de/19033

Strategische Sportstättenplanung in Kommunen

  www.difu.de/19095

Serielles Sanieren

  www.difu.de/19099

Kommunaler Klimaschutz trotz knapper Kassen

  www.difu.de/19054



Presseresonanz – das Difu in den Medien

Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu online erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungs-nennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

WDR 5 (Tagesgespräch), 12.6.2025 Hitze in den Städten – Was können wir dagegen tun?

Difu-Wissenschaftler Dr. Moritz Ochsmann diskutiert im Tagesgespräch mit Zuhörer:innen über kommunale Hitzeschutzpläne und Tipps für den Umgang mit hohen Temperaturen.

➔ www.t1p.de/2ibvn

Deutschlandfunk Kultur, 10.6.2025 Finanzen: Klimaschutz in den Kommunen ermöglichen

Wie können Kommunen trotz knapper Finanzmittel in Klimaschutz investieren? Im Zeitfragen-Magazin spricht u.a. Difu-Wissenschaftler Dr. Henrik Scheller über kommunale Finanzen und neue Wege für die Klimaschutzfinanzierung – zu hören ab Minute 3:58.

➔ www.t1p.de/i2p4j

ARD Plusminus, 28.5.2025 Finanzmittel in den Kommunen sind knapp

Kann das Infrastrukturpaket des Bundes die kommunale Finanzlage verbessern? In einem Fernsehbeitrag von Plusminus äußert sich u. a. Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl zum aktuellen Investitionsrückstand (zu sehen ab Minute 9:07).

➔ www.t1p.de/kudxt

DEMO, 27.5.2025 Leerstandsmanagement als Chefsache begreifen

Im Interview spricht Difu-Wissenschaftlerin Dr. Stephanie Bock über die Aktivierung von Leerständen, kommunale Konzepte für mehr Wohnraum und eine neue Plattform für Leerstandsmanagement.

➔ www.t1p.de/yelp

Das Parlament, 23.5.2025 Gemeinsame Aufgabe: Finanzen und Infrastruktur

Wie können Kommunen strukturelle und finanzielle Herausforderungen bewältigen? Im Artikel

beschreibt u. a. Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl über die kommunale Finanzlage, föderale Finanzbeziehungen sowie die notwendige Mobilisierung von Geldern.

➔ www.t1p.de/zbxws

WDR 5, 15.5.2025 Mobil in Stadt und Land

Im Podcast „Quarks“ sprechen u.a. Difu-Wissenschaftler:innen Anne Klein-Hitpaß und Tobias Klein über weniger Autoverkehr in den Städten (ab Min. 09:15) und darüber, wie der alltägliche Radverkehr vom Fahrradtourismus profitieren kann (ab Min. 1:12:25).

➔ www.t1p.de/3izyx

rbb Inforadio, 20.4.2025 Wie gelingt eine bürgerzentrierte Stadtplanung?

In einem Citizen-Science Projekt wurde untersucht, wie sich Bürger:innen in der Großstadt fühlen und was es bei der Gestaltung einer lebenswerten Stadt zu beachten gibt. Im Podiumsgespräch spricht u. a. Difu-Teamleiterin Dr. Stephanie Bock zur Zukunft der Stadtplanung.

➔ www.t1p.de/58am2

DEMO, 15.4.2025 Handel profitiert von Verkehrsberuhigung

Fallen Parkplätze oder Straßenraum zugunsten des Rad- und Fußverkehrs weg, so fürchtet der Einzelhandel oft Kundenverluste und Umsatzeinbußen. Eine Difu-Studie zeigt, dass dies meist unbegründet ist.

➔ www.t1p.de/83qz2

ntv, 13.4.2025 Kommunale Herausforderung: Finanzen

Wie sieht die finanzielle Lage der Kommunen aus? Difu-Wissenschaftler Dr. Henrik Scheller spricht im Interview über kommunale Finanzen und geht dabei auf Investitionsbedarfe, das Sondervermögen für Infrastruktur und die Verteilung von Finanzmitteln ein.

➔ www.t1p.de/p8h6c

Deutschlandfunk, 11.4.2025 Sanierungs- und Baumaßnahmen in der öffentlichen Hand

Elbphilharmonie, Flughafen BER und Kölner Oper gehören zu den größten und teuersten Baustellen Deutschlands. Wie kommt es zu überplanmäßigen Ausgaben und Bauzeiten?

In der Podcast-Reihe „Hintergrund“ spricht u.a. Difu-Teamleiter Dr. Henrik Scheller über Sanierungen in Kommunen.

➔ www.t1p.de/cxzcz

tagesschau, 10.4.2025 Auto, Fahrrad, Fußgänger – wem gehört die Stadt?

Während die einen weniger Autoverkehr für mehr Lebensqualität fordern, haben andere Bedenken, in ihrer Mobilität eingeschränkt und verdrängt zu werden. Im Beitrag äußern sich u.a. Difu-Wissenschaftlerinnen Dr. Michaela Christ und Anne Klein-Hitpaß, was für eine Verkehrswende benötigt wird.

➔ www.t1p.de/u9w3z

Blog Nachhaltige Kommune, 9.4.2025 Wie Nachhaltigkeit in Kommunen zur Selbstverständlichkeit wird

Im Beitrag für den Blog der Bertelsmannstiftung beschreibt u.a. Difu-Wissenschaftlerin Valeska Liedloff, wie mittels Bürgerbeteiligung, Bildung und Digitalisierung Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene verankert werden kann.

➔ www.t1p.de/kn1de

NDR, 8.4.2025 Verzicht auf große Mieteinnahmen

Was macht Innenstädte aus? Im Interview spricht Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold über Gestaltungsmöglichkeiten für funktionierende Innenstädte und Gründe für den Bau von Einkaufszentren.

➔ www.t1p.de/58sfm

mdr Wissen, 31.3.2025 Verkehrsberuhigung – eine Chance für den Einzelhandel?

Im Beitrag äußern sich Difu-Wissenschaftlerinnen Dr. Michaela Christ und Uta Bauer über aktuelle Ergebnisse der neuen Difu-Studie zu Verkehrsberuhigung und ihre Potenziale für Städte und Handel.

➔ www.t1p.de/ragrd

Courthouse News Service, 26.3.2025 Germans hope infrastructure spending spree can help fast-track economy

Kann Deutschland den Investitionsrückstand aufholen? Difu-Wissenschaftler Dr. Christian Raffer u.a. über den Zustand der Infrastruktur in Kommunen sowie den Investitionsbedarf.

➔ www.t1p.de/ywgku

